

Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 „Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen.“[\[1\]](#)
- 2 Mit diesen Worten verpflichtete sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris, die Erhitzung des
3 Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad“ zu
4 halten und ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nur noch so viel Treibhausgase
5 auszustoßen, wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Die Industriestaaten sind
6 verpflichtet, voranzuschreiten und schneller klimaneutral zu werden.
- 7 Doch das Gegenteil ist passiert. Zu Recht demonstrieren weltweit Millionen Menschen auf der
8 Straße für den Schutz der Erde. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen[\[2\]](#) ist weltweit
9 ungebrochen. Mehr als 36 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert unsere noch immer auf fossilen
10 Energien wie Kohle, Öl und Gas basierende Weltwirtschaft jedes Jahr. Deutschland liegt dabei
11 im Vergleich der am meisten CO₂-produzierenden Länder an sechster Stelle. Allein auf
12 Deutschland entfallen rund 800 Millionen Tonnen CO₂. Wir haben auch heute noch einen
13 doppelt
14 so hohen CO₂-Fußabdruck wie der weltweite Durchschnitt.
- 15 Seit Beginn der Industrialisierung ist Deutschland für fast fünf Prozent der
16 Treibhausgasemissionen verantwortlich, bei einem heutigen Anteil an der Weltbevölkerung von
17 lediglich 1,1 Prozent. Diese Emissionen heizen die Atmosphäre immer weiter auf und vermüllen
18 unsere Erde. Die Klimakrise spitzt sich dramatisch zu. Die vergangenen vier Jahre waren
19 weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits jetzt ist die globale
20 Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um etwa ein Grad[\[3\]](#)
21 angestiegen. Die Eisschilde schmelzen immer schneller und der Anstieg des Meeresspiegels
22 verdoppelt sich. Werden die für das Weltklimasystem sensiblen Kipppunkte erreicht, steuert
23 die Erde auf eine Erhitzung von vier und mehr Grad zu.
- 24 Der Sonderbericht des Weltklimarats 2018 hat verdeutlicht, dass bei zwei Grad globaler
25 Erwärmung - im Vergleich zu 1,5 Grad - Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden
26 können, über 99% aller Korallenriffe absterben und hunderte Millionen Menschen unter
27 schweren Klimafolgen zu leiden haben werden. Zerstörte Infrastrukturen, Nahrungs- und
28 Wassermangel, politische und soziale Instabilität, Ressourcenkonflikte, Flucht, Vertreibung
29 und Krankheiten sind die Folgen.
- 30 Am stärksten von der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen betroffen sind die Ärmsten
31 der Armen, die sie am wenigsten verursacht haben, sich am wenigsten dagegen schützen und
32 aufbegehren können. Im Globalen Süden sind viele Menschen aufgrund von Dürren oder
33 Meeresspiegelanstiegen bereits jetzt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Dies zeigt die

historische Verantwortung Deutschlands und der Industrienationen gegenüber dem Rest der Welt, der wir uns jetzt konsequent stellen müssen. **Die Klimakrise ist auch eine soziale Krise - sie spitzt Verteilungskonflikte und Machtverhältnisse zu und verstärkt damit insbesondere im Globalen Süden, aber auch innerhalb von Europa bestehende Ungerechtigkeiten.**

Auch in Deutschland ist die Klimakrise angekommen. Am stärksten betroffen sind Kinder, kranke und alte Menschen sowie ärmere Menschen. Erhöhte Sterblichkeit und Erkrankungshäufigkeit in extremen Hitzeperioden sind eine brisante Entwicklung. Auch unsere Felder und Wälder leiden. Mehr als 180.000 Hektar Waldfläche, das entspricht 250.000 Fußballfeldern, sind bereits durch die Klimaveränderung zerstört. Doch statt vier Jahre nach dem Pariser Abkommen endlich zu reagieren, verabschiedete die Bundesregierung nun ein Klimapaket, welches das 1,5-Grad-Limit endgültig beerdigt und selbst für einen 2-Grad-Pfad viel zu wenig ist. Damit wird Deutschland seiner internationalen Klimaverantwortung nicht gerecht. Denn gemäß dem Sachverständigenrat für Umweltfragen^[4] ergibt sich aus dem jüngsten

Sonderbericht des UN-Weltklimarats IPCC für uns bei gleichmäßiger Aufteilung auf die Weltbevölkerung ein verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen Tonnen CO₂ ab 2020^[5]. Bei fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre das Budget in weniger

als neun Jahren verbraucht, bei einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität bis 2050, wie auf europäischer Ebene angestrebt, erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren.

Daran wird deutlich: Die Uhr tickt und wir müssen schnell und zügig umsteuern. Je rascher wir die Emissionen senken, desto länger reicht unser CO₂-Budget, um den Übergang in die klimaneutrale Gesellschaft gemeinsam gestalten zu können. Jedes weitere Jahr hingegen, in dem nichts getan wird, verschärft die Krise, da sich CO₂ in der Luft ansammelt und der Erhitzung der Atmosphäre weiter Vorschub leistet. Wir brauchen eine Radikalität, die sich in entschlossenem Handeln ausdrückt. Entsprechend der verschärften Dringlichkeit streben wir die Umsetzung rasch und effektiv wirkender Klimaschutzmaßnahmen und das Erreichen der Klimaneutralität Deutschlands so früh wie möglich an, um im Hier und Jetzt das möglich zu machen, was notwendig ist, um langfristige Ziele zu erreichen.

Jetzt wird über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre entschieden. Jetzt wird entschieden, ob wir die europäische Landwirtschaftspolitik neu justieren. Es geht jetzt darum, den Ausbau des Schienenverkehrs voranzubringen. Jetzt müssen wir entscheiden, dass öffentliche Mittel für den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Infrastruktur und nicht für Öl- und Gaspipelines ausgegeben werden. Es gilt jetzt zu entscheiden, wie wir aus Handelsabkommen mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima rauskommen. Die EU muss als eine Hauptverursacherin

der Klimakrise ambitioniert vorangehen – jetzt! Europa hat die historische Verantwortung vorzumachen, wie das Wirtschaften in planetaren Grenzen demokratisch erreicht werden kann.

Der Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter lohnt sich

Wir sehen nie dagewesene Chancen für eine neue Lebensqualität und nachhaltigen Wohlstand. Die Herausforderungen sind jedoch ohne Zweifel enorm. Klimaschutz macht unsere Städte grüner, leiser, sauberer und sicherer. Er hilft, die Artenvielfalt zu bewahren. Er macht uns

73 unabhängig von russischem Gas, von Fracking und vom Öl. Klimaschutz eröffnet unseren
74 Unternehmen neue Geschäftsfelder. Er schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.

75 Ja, Klimaschutz kostet viel Geld. Aber es ist volkswirtschaftlich völlig klar, dass uns kein
76 Klimaschutz deutlich mehr kosten wird: Der Stern-Report machte bereits 2006 deutlich, dass
77 die jährlichen Kosten für Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration bei
78 etwa einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die jährlichen Kosten einer
79 ungebremsten Klimaerhitzung hingegen werden dem Verlust von mindestens fünf Prozent des
80 globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und
81 Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden sogar auf 20 Prozent oder mehr ansteigen.

82 Zudem wird Klimaschutz enorme neue Werte schaffen: Wirtschaftsstudien sehen ein
83 Geschäftspotenzial von etwa elf Billionen Euro durch neue, digital-basierte klimafreundliche
84 Geschäftsmodelle im Jahr 2030. Die sozial-ökologischen Innovationen in allen Sektoren können
85 Europa zu deutlich mehr Wohlstand verhelfen, Schäden für Mensch und Umwelt verhindern und
86 einen intakten Planeten bewahren. Dafür müssen wir Wohlstand materiell und sozialökologisch
87 neu definieren. Die finanzielle Belastung durch die radikale Transformation, die in den
88 nächsten fünf Jahren auf die Spur gebracht werden muss, werden wir sozial gerecht
89 ausgestalten.

90 Wir müssen hier und heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir werden das
91 nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden Änderungen
92 werden nicht für alle einfach. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.
93 Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen, das ist nichts Neues. Deshalb ist eine

94 aktive politische Gestaltung dieser Veränderung ebenso wichtig wie ihre kluge soziale
95 Absicherung und ihre kulturelle und gesellschaftliche Balance. Klimaschutz erfordert eine
96 aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, eine sozial faire Rückerstattung der CO₂-
97 Bepreisung, eine kluge Regional- und Strukturpolitik. Und schließlich gilt: Die notwendigen
98 Veränderungen werden nur demokratisch gelingen, also wenn wir es schaffen, gemeinsam die
99 notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen anzugehen, neue Wege
100 auszuhandeln und so
101 die Menschen mit auf den Weg nehmen.

101 Am 20. September 2019 haben wir zwei Parallelwelten erlebt: Auf der einen Seite standen
102 weltweit mehrere Millionen Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gegangen sind. Wir
103 bringen uns in diese Klimagerechtigkeitsbewegung ein, die mit vielen unterschiedlichen
104 friedlichen Aktionsarten auf die drängenden Probleme hinweist, und begleiten auch Aktionen
105 zivilen Ungehorsams. Auf der anderen Seite sahen wir eine völlig ermüdete Koalition, die
106 nicht in der Lage war, mehr als Trippelschritte zu liefern.

107 Die Lücke zwischen wissenschaftlich Notwendigem und gesellschaftlich Möglichem auf der einen
108 und der politischen Realität auf der anderen Seite klafft immer weiter auseinander. In
109 dieser Situation liegt es gerade auch an uns, das Vertrauen einer ganzen Generation in die
110 Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Politik zu erhalten. Demokratie zeigt gerade dort
111 ihre Stärke, wo es uns gelingt, radikale Umbrüche im Sinne der universellen Freiheit und
112 Gleichheit zu gestalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, dass wir
113 eine klimaneutrale Gesellschaft erreichen.

114 Für uns bedeutet das: Jetzt erst recht! Die Gesellschaft ist viel weiter als die deutsche
115 Bundesregierung. Wir starten einen neuen Anlauf in der Klimapolitik: Wir machen ein
116 politisches Angebot an all jene, die vorangehen wollen, von Fridays for Future über
117 Gewerkschaften, progressive Unternehmer*innen bis hin zu Klimakommunen, Kulturschaffenden

118 und allen, die sich noch anschließen wollen. Ihre Anliegen wollen wir im Dialog
119 weiterentwickeln und in die Parlamente tragen. Gemeinsam, im Bündnis und Solidarität mit
120 ihnen wollen wir die Wende in der Klimapolitik schaffen und die Chancen des Klimaschutzes
121 für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt nutzen.

122 Ziel dieses Antrags und unserer Politik ist es, einen radikal realistischen und
123 sektorenübergreifenden Maßnahmenplan vorzulegen. Die entscheidende Messlatte ist dabei für
124 uns das nationale Klimabudget, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen werden
125 dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten; wissentlich, dass auch
126 Budgets nur modellhaft gerechnet sind und dass weder technologische noch gesellschaftliche
127 Entwicklungen linear verlaufen. Durch soziale und technologische Innovationen, die wir heute
128 noch gar nicht kennen können, werden unsere momentanen Annahmen selbstverständlich in
den

129 kommenden Jahren angepasst werden müssen. Aber wir widersprechen allen, die daraus
ableiten,

130 eigentlich müssen wir doch in der Gegenwart gar nichts tun, denn irgendwann kommt die
131 Wundertechnik, die alle unsere Probleme löst. Es ist genau umgekehrt: Positive Innovationen
132 und Eigeninitiative als Katalysatoren der Veränderung müssen durch Abschied vom Alten
133 überhaupt erst ermöglicht sowie gefördert und angereizt werden. Wir müssen jetzt schnell
134 loslaufen, damit wir eine Chance haben, auf dem Weg zu lernen.

135 Die Grundlage unseres Handelns sind das Pariser Klimaabkommen und der aktuelle Stand der
136 Klimawissenschaft. Wir werden auf dem weiteren Weg um jedes Zehntel Grad weniger
137 Erderhitzung kämpfen, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch erreichen zu können. Daran
138 orientieren wir unsere Politik. Es ist unsere Verantwortung, dass Deutschland seinen Teil
139 tut, damit die erforderliche Transformation in Schwung kommt. Wir müssen deshalb sowohl bei
140 uns entschiedenen Klimaschutz umsetzen als auch andere Länder beim Klimaschutz
unterstützen.

141 Klar ist: Die Menschen müssen diesen Weg zur Klimaneutralität unterstützen, sonst wird es
142 unmöglich sein, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Wir erkennen dabei den
143 Klimanotstand an. Damit ist explizit keine juristische Grundlage für Notstandsmaßnahmen
144 gemeint, sondern ein politisches Zeichen verknüpft mit klimapolitischen Maßnahmen.

145 **1. Ein Klimaschutzgesetz für einen verbindlichen planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen**

146 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen
147 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnisse sowie verankerten Korrekturmechanismen bei
148 Zielverfehlung können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad von Paris beim Klimaschutz
149 kommen. Durch ein Klimaschutzgesetz müssen endlich Verbindlichkeiten innerhalb der
150 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben werden. Denn die
151 Verantwortung für das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim
152 Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch die

153 Ministerien, die zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft in die
154 Pflicht nehmen. Was wir brauchen ist eine Klimaregierung.

155 Dazu gehört auch, dass wir Klimaschutz ins Grundgesetz schreiben. Wir möchten:

- 156 • die international vereinbarten Klimaschutzziele in die Verfassung aufnehmen,
- 157 • eine „CO₂-Bremsen“, die Transparenz und einklagbare Korrekturen klimaschädlicher
158 Politikvorhaben schafft, verbindlich in der Verfassung verankern. Jedes neue Gesetz
159 muss auf seine „Klimawirksamkeit“ überprüft werden („climate mainstreaming“). Bei
160 Bedarf muss ein Klimavorbehalt dafür sorgen, dass klimafreundliche Alternativen oder
161 Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet werden. So bekommt Klimaschutz endlich Priorität und
162 muss von allen stets mitgedacht werden.

163 Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen
bildet

164 und das sich bei allen Maßgaben auf ein verbleibendes Restbudget für CO₂ stützt, dem gemäß
165 wir die Ziele des Pariser Abkommens erreichen können. Wir wollen:

- 166 • klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- 167 • klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren mit
168 dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- 169 • dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- 170 • gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

171 Klare ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzgesetz die zentrale Rolle
172 spielen. Alle großen umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das Ordnungsrecht
173 erreicht. Zudem wäre es fatal, allein auf Preissignale zu setzen. Denn wollte man die
174 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste dieser so hoch sein, dass er
175 unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde. Einige könnten
176 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit Klimaschutz eben nicht zu Lasten der
177 Menschen mit geringeren Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO₂-Preis,
178 Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht. So kann man die jeweiligen Vorteile der
179 Instrumente nutzen und gleichzeitig Nachteile minimieren. Gut gemacht, wird der ordnende
180 Rahmen zum notwendigen Innovationstreiber.

181 Klar gibt es gegen Ordnungsrecht, also auch Verbote, immer Vorbehalte. Aber Regeln zu
182 setzen, also zu sagen, was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der beste
183 Innovationsmotor. Heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten ist,
184 Asbest nicht mehr eingebaut werden darf und Weichmacher in Kinderspielzeug verboten sind.
185 Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich der Chemikalien. Nach Verboten entwickelt
186 die Branche meist innerhalb kürzester Zeit ungefährlichere Alternativen oder bereits
187 vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt. Deshalb machen wir
Klimaschutz

188 mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz planbar und rechtlich
189 verbindlich.

190 2. Planungen beschleunigen

- 191 Die Energie- und Verkehrswende braucht zügige, bürger*innennahe und effiziente
 192 Planungsprozesse. Zentrale Herausforderung dafür ist die Aufstockung und Qualifizierung von
 193 Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Seit 1990 wurde in den Kommunen
 194 knapp
 195 die Hälfte des Bau- und Planungspersonals abgebaut. Daher ist es dringend erforderlich, hier
 196 wieder Personal einzustellen. Wir werden den Kommunen und genehmigenden Behörden das
 197 Planen
 198 und Steuern erleichtern. Durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle
 199 Entlastung der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente für Klimaschutz.
- 200 Zu einem wirkungsvollen ordnungsrechtlichen Rahmen gehört es auch, den Kommunen und
 201 Genehmigungsbehörden das Planen und Steuern von Klimaschutzmaßnahmen zu erleichtern.
 202 Ebenso
 203 bedarf es einer Modernisierung des Planungsrechts. Denn die Zeit läuft uns davon und wir
 204 brauchen rasch Baugenehmigungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,
 205 Übertragungsleitungen wie auch Schienenverbindungen. Planungs- und
 206 Genehmigungsverfahren
 207 können deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, wenn man im Verkehrswegebau bei
 208 Ersatzneubauten ohne Ausbau bzw. Erweiterung die Maßstäbe für Sanierungen statt für
 209 Neubauten heranzieht.
- 210 Die Planungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind zu lang und wir wollen sie für alle CO₂-
 211 mindernde Infrastruktur halbieren, indem
- 212 • wir eine Priorisierung der zu bauenden Infrastrukturprojekte vornehmen, auch, um sich
 213 bei geringen Planungskapazitäten nicht zu verzetteln,
 - 214 • frühzeitig Bürger*innen und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden und so die
 215 Entwicklung von Optionen und Varianten sowie das frühe Ausräumen von Konflikten
 216 ermöglicht wird; hierbei sollen auch weitere Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung
 217 erprobt und gegebenenfalls eingeführt werden,
 - 218 • wir für Verkehrsprojekte eine bessere Verzahnung von Raumordnungs- und
 219 Planfeststellungsverfahren gewährleisten, etwa indem die Untersuchungsergebnisse des
 220 Raumordnungsverfahrens für das Planfeststellungsverfahren genutzt werden können; sich
 221 wiederholende Verfahrensschritte in beiden Verfahren könnten zusammengeführt werden,
 - 222 • die Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und
 223 Genehmigungsverfahren
 224 für ÖPNV bei der anstehenden Novelle des Personenbeförderungsgesetzes übernommen
 225 werden,
 - 226 • Arten- und Naturschutz von vornherein in die Planungen einbezogen werden, um
 227 Verfahren
 schneller und rechtssicherer zu machen. Für den erforderlichen Ausgleich bei
 Eingriffen in die Natur müssen Kompensationsmaßnahmen verstärkt und vereinfacht
 werden. Abwägungen zum Artenschutz müssen auf wissenschaftlicher Grundlage
 erfolgen.
 Dabei muss der Schutz der Gesamtpopulation das zentrale Beurteilungskriterium sein.
 - wir die behördlichen Abstimmungsprozesse effizienter gestalten. Beim Artenschutz etwa
 gibt es ein großes Potenzial für den Wissensaustausch zwischen Behörden und für

- 228 vorgezogene Großmaßnahmen über ein Ökokonto und andere
Anrechnungsvereinfachungen,
- 229 • wir die Digitalisierung in den Planungs- und Genehmigungsbehörden konsequent
230 voranbringen,
- 231 • eine verbindliche Frist bis zur Eröffnung von Gerichtsverfahren bei gleichzeitiger
232 personeller Stärkung der Gerichte eingeführt wird.

233 3. Ökonomische Anreize richtig setzen

234 Ergänzend zum planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen wollen wir die notwendigen
235 ökonomischen Anreize setzen, damit der Klimaschutz vorankommt.

236 Dafür setzen wir auf eine CO₂-Preiskomponente auf alle fossilen Brennstoffe über den
237 bestehenden europäischen Emissionshandel (ETS) hinaus. Dem Preis kommt in einer
238 Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch wirksame,
239 sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO₂-Bepreisung. Das ist eine wesentliche
240 Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative
241 Klimaschutztechnologien sich durchsetzen. Das Umweltbundesamt schätzt die Kosten der
242 Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, auf 180 Euro – in Preisen von 2016
243 gerechnet. Doch die Preiskomponente ist nur ein Hebel für Klimawirksamkeit neben den
244 ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie dem Kohleausstieg.

245 Wir brauchen also einen Preis, der lenkt, Innovationen schafft und zugleich nicht sozial
246 verzerrt oder schnellere und wirkungsvollere ordnungsrechtliche Maßnahmen konterkariert. In
247 der Schweiz liegt der nationale Preis pro Tonne CO₂ bei rund 90 Euro für fossile Brennstoffe
248 wie Heizöl, Erdgas oder Kohle. Globaler Spitzenreiter ist derzeit Schweden mit rund 110 Euro
249 pro Tonne CO₂ für alle fossilen Brennstoffe. Als Sofortmaßnahmen werden wir uns für
250 Folgendes einsetzen:

- 251 • Die Energiesteuern beginnend im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO₂-
252 Komponente reformieren. Dabei wird parallel ein sozialer Ausgleich eingeführt; alle
253 Einnahmen aus dem CO₂-Preis fließen nach Absenkung der Stromsteuer als Energiegeld
an
254 jede*n Einwohner*in zurück. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren soll bei 40 Euro pro
255 Tonne liegen und ab 2020 auf 60 Euro pro Tonne erhöht werden. Danach muss er jedes
256 Jahr planbar analog ansteigen, auch das Energiegeld erhöht sich entsprechend. Zugleich
257 schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges Gremium vor, das bis zu einer Einigung
258 auf europäischer Ebene die Preissteigerung und die sozialen Auswirkungen kontrolliert
259 und den Preis wenn notwendig anpasst, um ein optimales Zusammenwirken mit den
260 begleitenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zum Klimaschutz herzustellen. Damit soll
261 die erforderliche Lenkungswirkung zum Einhalten des Paris-kompatiblen CO₂-Budgets
262 erreicht werden.
- 263 • Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung bei der Neufassung der
264 Energiesteuerdirektive für eine ambitionierte CO₂-Mindestbepreisung eintreten. Wir
265 werden uns dafür einsetzen, dass ein CO₂-Preis im Non-ETS-Bereich europaweit
266 eingeführt wird.
- 267 • Im europäischen Emissionshandel, der vor allem Industrieanlagen und Kraftwerke
268 abdeckt, sollte Deutschland, idealerweise in Abstimmung mit anderen europäischen
269 Ländern wie Frankreich und die Niederlande, einen gemeinsamen Mindestpreis in Höhe
von

40 Euro festlegen. Zeigt sich, dass der Mindestpreis keine Wirkung erzielt, muss hier nachgesteuert werden.

- Zu den Sektoren, die bislang nicht durch den europäischen Emissionshandel erfasst werden, gehört auch die Landwirtschaft. Wir führen die Bepreisung von Klimagasen daher auch für landwirtschaftliche Produkte ein, angefangen mit tierischen Lebensmitteln.

- Wir wollen die Wirksamkeit der Marktstabilitätsreserve im europäischen Emissionshandelssystem erhöhen, damit die immer noch vorhandenen überschüssigen Emissionszertifikate stärker reduziert und schneller vom Markt genommen werden.

- Im Zuge der Stilllegung von Kraftwerksblöcken werden wir entsprechend den vom Netz gehenden CO₂-Emissionen Emissionszertifikate vom Markt nehmen, indem wir dafür das nationale Versteigerungsbudget entsprechend kürzen. Damit wird vermieden, dass hier eingesparte Emissionen an anderer Stelle in Europa emittiert werden können.

4. Umweltschädliche Subventionen abbauen

Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir umwelt- und klimaschädliche Subventionen konsequent abbauen. Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57 Milliarden

Euro. Staatliche Subventionen, die dem Klima schaden, wollen wir endlich beenden, wie zum Beispiel

- die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
- den immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Öl- und Gasheizungen,
- die Nichtbesteuerung von Kerosin,
- das Dieselprivileg,
- Privatfahrten, die als betriebliche Kosten absetzbar sind,
- die weitgehende Befreiung von EEG-Umlage und Netzentgelten von energieintensiven Unternehmen.

5. Klimafreundlich wirtschaften

Klimaschutz geht nur in einem System, das klimafreundliches Verhalten belohnt. Heute wird dieses Verhalten strukturell erschwert und klimaschädliches Verhalten noch subventioniert.

Wir beschreiben im Rahmen des Antrags „Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand“ ausführlich unsere Vision für ein in seiner Gesamtheit positiv transformiertes Wirtschaftssystem, das die planetarischen Grenzen einhält. Hier stellen wir ausgewählte wesentliche Aspekte vor, die auch das Klima betreffen:

- Unser gesellschaftlicher Erfolg soll in Zukunft auch nach Nachhaltigkeitskriterien, wie dem absoluten CO₂-Ausstoß bewertet werden. Dadurch soll der einseitige Fokus auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei der Wohlstandsmessung und -steuerung um wichtige Aspekte ergänzt werden.
- Entsprechend ändern wir auf betriebswirtschaftlicher Ebene die Buchhaltungsregeln und Erfolgsrechnung hin zu einer nachhaltigen Bilanzierung von Unternehmen, die nicht nur den finanziellen, sondern auch den ökologischen Wert von Unternehmen misst und

steuert. Hier wollen wir praxisnah mit führenden Wirtschaftsinitiativen zusammenarbeiten und Konzepte wie das der Gemeinwohlökonomie aufgreifen.

- In der Digitalisierung fördern wir gezielt klimawirksame Innovation, damit sie ihr Potenzial für die notwendige Suffizienz, Effizienzsteigerungen und Dematerialisierung entfalten kann und nicht unkontrollierbaren Schaden durch immer mehr Energiehunger anrichtet. Auch mithilfe der Digitalisierung könnten wir es schaffen, wirtschaftliches Wachstum von steigenden CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Dabei ist die Überwindung des Rebound-Effekts, also des Effekts, dass Einsparungen durch mehr Energieeffizienz durch mehr Konsum wieder aufgezehrt werden, die größte Herausforderung.
- Bei öffentlichen Investitionen und der Vergabe wenden wir auf allen politischen Ebenen sozial-ökologische Kriterien bei der Entscheidungsfindung und Planung an.
- Wir stärken die kommunalen Ebenen. Gesetzliche Rahmenbedingungen dürfen die Kreativität und regional spezifische Maßnahmen und Erfordernisse zum Schutz des Klimas und zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen nicht blockieren. Kommunen müssen zum Vorbild anderer voranschreiten können.
- Klimaagenturen mit beratender Funktion geben „Best Practice“-Beispiele weiter, unterstützen bei Förderanträgen und organisieren Bildungsveranstaltungen und Bürger*innenforen.
- Wir brauchen eine Kampagne für das Handwerk und Umschulungsangebote, auch für Unternehmen, und oft in Verbindung mit digitalen Technologien. Der immense Ausbau der Erneuerbaren, die Sanierung von Gebäuden, das 100.000-Wärmepumpen-Programm oder auch die arbeitsintensivere Öko-Landwirtschaft – der Klimaschutz wird zig Tausende neue Jobs bringen, vor allem in Technologie und Handwerk.

6. Sektorspezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele

Um die Ziele des Klimaschutzgesetzes in den einzelnen Sektoren zu erreichen, wollen wir die nachfolgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

6a. Stromerzeugung erneuerbar

Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO₂ für die Energiewirtschaft bei über 300 Millionen Tonnen jährlich, das sind über 30 Prozent. Das ist meilenweit von einem Pfad zur Einhaltung der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jedes Klimaschutzes. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr nur entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz im Strombereich, sondern auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig größtenteils auf elektrischer Basis betrieben und massiv erneuerbare Energie benötigen. Hinzu kommt der zusätzliche Bedarf an erneuerbarem Strom, um Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher oder für erneuerbare Treibstoffe) zu produzieren, gerade auch für den Stahl- und den Chemiebereich. Es geht nun also nicht mehr nur um die 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zur reinen Elektrizitätsversorgung, die wir 2030 erreichen wollen, sondern um 100 Prozent erneuerbaren Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft insgesamt.

Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns derzeit aber nur auf einem Ausbaupfad von maximal 45 Prozent bewegen. Das ist auch das größte Hindernis für den Kohleausstieg, den wir sofort beginnen und schnell abschließen müssen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat einen Plan zum Kohleausstieg vorgelegt, der nicht Paris-kompatibel ist und bei Weitem nicht ausreicht. Sowohl beim

354 Ausstiegsdatum, als auch bei den zeitnahen Maßnahmen gibt es erheblichen Korrekturbedarf.
355 Deshalb haben die am Ergebnis beteiligten Umweltverbände und Wissenschaftler*innen
356 Revisionsklauseln verankert und ein Sondervotum abgegeben. Entscheidend ist jetzt, das
357 verbleibende CO₂-Budget für den Stromsektor deutlich zu reduzieren. Das heißt, viele
358 Kraftwerke schnell und zeitnah abzuschalten, um spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen zu
359 können. Das heißt auch, dass Dörfer nicht mehr zerstört werden dürfen. Dafür wollen wir das
360 überkommene Bergrecht ändern. Denn noch immer sollen Menschen - gegen ihren Willen - für
361 Braunkohletagebaue umgesiedelt werden. Wir machen uns daher dafür stark:

- 362 • über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein Viertel
363 der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abzuschalten.
- 364 • einen verbindlichen Abschaltplan der Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022. Wir
365 werden uns zudem für entschädigungsfreie Abschaltungen der Kohlekraftwerke einsetzen.
- 366 • die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer Energien
367 sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln.

368 Zentral dafür wird sein, ob wir den Ausbau der Erneuerbaren und des Energiesystems
umgehend
369 und massiv voranbringen. Gleichzeitig muss der Atomausstieg konsequent umgesetzt werden,
370 denn von der Atomenergie gehen nicht zu verantwortende Gefahren, Strahlenbelastungen für
371 Generationen und erhebliche wirtschaftliche Risiken aus.

372 Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren Energien fast
zum
373 Erliegen gebracht. Durch die letzten Novellen ist aus dem extrem erfolgreichen Erneuerbare-
374 Energien-Gesetz, dem am häufigsten kopierten Gesetz der Welt, mittlerweile eher ein Anti-
375 Erneuerbare-Energien-Gesetz geworden: Den Erneuerbaren wurden Deckel und andere
Hindernisse
376 zur Verhinderung von schnellem Wachstum vorgegeben. Das ist der eigentliche Skandal.

377 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren mit großer Geschwindigkeit wieder in Gang bringen.
378 Konkret soll die installierte Leistung von Wind onshore in den nächsten zehn Jahren
379 mindestens verdoppelt, die für offshore verfünffacht und die für PV (Dach, Fassaden und
380 Freiflächen) auf 250 Gigawatt (GW) angehoben werden. Damit sowie mit massiver
381 Energieeinsparung kann Deutschland seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar decken.
Dafür
382 benötigen wir auch eine schnelle Realisierung der geplanten Nord-Süd-Leitungen, insbesondere
383 von "SuedLink".

384 Ergänzend wollen wir Energiepartnerschaften mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union
385 aus dem Sonnengürtel zur Produktion von solarem Wasserstoff schließen. Solche
386 Energiepartnerschaften müssen auf Augenhöhe und unter Einbeziehung der Bürger*innen in der
387 Region verhandelt werden. Die Vorteile müssen vor allem der Region zugutekommen, aus
welcher
388 die Energie geliefert wird. Darüber hinaus dürfen die Projekte nicht von der Herausforderung
389 des Ausbaus erneuerbarer Energien in Deutschland ablenken.

390 Klar ist: Die Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbaren kann besser gelingen, wenn wir sie
 391 europäisch denken, indem wir Energie durch Import und Export nach Bedarf ausgleichen und
 392 zugleich die Potenziale der Bürger*innen-Energiewende wieder heben.

393 Weder ist es nötig noch erstrebenswert, dass wir dezentrale Energieerzeugung zu kleinteilig
 394 denken. Europa soll zu einem gemeinsamen Strommarkt auf der Basis von Erneuerbaren
 395 zusammenwachsen. Dafür brauchen wir eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente
 396 Europäische Union als Treiberin für die internationale Energiewende und ambitioniertere
 397 europäische Klimaziele. Die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft, klimafreundlicher
 398 Mobilität, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch
 399 auf europäischer Ebene muss noch stärker vorangetrieben werden. Die Vernetzung der
 400 verschiedenen erneuerbaren Quellen senkt den Bedarf am Ausbau erheblich. Je größer der
 Raum
 401 und je vernetzter die Quellen, desto günstiger wird es und desto geringer ist der Bedarf am
 402 Ausbau.

403 Im Sektor Strom müssen Effizienzgewinne schnell realisiert werden:

- 404 • strikte Effizienzvorgaben und Förderung von Effizienzgewinnen und Stromeinsparungen
 405 für Energieversorger, Produktion, Industrie, Datenzentren, Gewerbe, bei Handel und
 406 Dienstleistungen,
- 407 • eine „Langes Leben“-Produktoffensive (zum Beispiel Garantiehafung von zwei auf fünf
 408 Jahre anheben) sowie ein Förderprogramm „Dekarbonisierung für die Industrie“,
- 409 • Förderung von Stromeinsparungen im Haushaltsbereich durch kontinuierlich steigende
 410 Effizienzvorgaben für Haushaltsgeräte, Umstellung auf LED-Beleuchtung und sparsamere
 411 Rechnerleistungen.

412 Die Ausbau-Offensive im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung umfasst folgende
 Maßnahmen:

- 413 • Die Verhinderungs-Deckel beim Ausbau von Ökostrom müssen unverzüglich gestrichen
 414 werden. Nur den Solardeckel aufzuheben, reicht nicht aus. Entsprechend des
 415 Ausbaupfades müssen die planbaren Flächen deutlich erhöht werden. Wir wollen, dass
 416 insbesondere für Energieprojekte von Bürger*innen wieder feste Einspeisevergütungen
 417 gezahlt werden. Ausschreibungen haben sich als Zubaubremse erwiesen.
- 418 • Vorrangregelung und Abnahmepflicht des erneuerbaren Stroms müssen gesichert werden.
- 419 • Jährlicher Zubau von mindestens 5-6 GW Wind auf dem Land, ab Mitte der 2020er Jahre
 420 von 7-8 GW.
- 421 • Eine Repowering-Offensive durch planungsrechtliche Verbesserungen und gesonderte
 422 Ausschreibungen.
- 423 • Festlegung eines nationalen Flächenziels Windkraft von zwei Prozent der Landesfläche
 424 und Verpflichtung der Länder, entsprechende Flächen auszuweisen, auf denen
 425 Windenergieanlagen errichtet werden können.
- 426 • Wenn Windparks gebaut oder erweitert werden, sollen die anliegenden Gemeinden und
 427 damit ihre Bürger*innen über eine Windpark-Abgabe finanziell an den Erträgen
 428 teilhaben.
- 429 • Erhebliche Erleichterungen bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen durch
 430 Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und
 Naturschutz

sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den Ausbau von Erneuerbaren zu fördern. Im Artenschutz wollen wir bei guter Bestandsentwicklung die Ausnahmegenehmigungen besser nutzen.

- Das Ausbauziel für Windenergie auf See ist auf 35 GW bis 2035 anzuheben. Dazu brauchen wir im Durchschnitt einen jährlichen Zubau von etwa drei GW pro Jahr.
- Um bei Wind offshore schneller voranzukommen, wollen wir mit anderen Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten eine gemeinsame Raumplanung machen, die dann auch die Räume außerhalb der einzelnen Hoheitsgebiete enthält und eine koordinierte Planung zur Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere den Vogelzug, erlaubt.
- Bei Photovoltaik akuter jährlicher Zubau von 10-12 GW pro Jahr als Dachanlagen, für Gebäudefassaden und Freiflächen; ab Mitte der 2020er Anstieg auf 18-20 GW pro Jahr.
- Einführung einer Solarpflicht für Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten sowie bei Dach- oder Fassadenerneuerung im Altbau. Mit Blick auf die Baukultur und zur Wahrung der hohen Akzeptanz der Photovoltaik wollen wir die Verbreitung der gebäude- und bauwerkintegrierten Photovoltaik fördern. Die Technik ist vorhanden. Jedoch bestehen u.a. rechtliche Hürden bei der Markteinführung, die so schnell wie möglich abgebaut werden müssen.
- Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm für Fachkräfte für Solarenergie, im Bausektor und Facharbeiter*innen in der Solarzellenproduktion.
- Aufbau einer Multi-Gigawatt-Solarfabrik, unterstützt durch staatliche Bürgschaften.

Flächen effizient nutzen. Der immense Ausbau der Erneuerbaren, den wir brauchen, benötigt

Fläche. Für Windenergie an Land benötigen wir nicht mehr als zwei Prozent der Landesfläche. Gleichzeitig brauchen wir eine Vervielfältigung der Solarenergieproduktion. Dafür können - neben anderweitig nicht nutzbaren Flächen wie beispielsweise Deponien, bereits versiegelten Flächen oder direkt in Windparks - auch Ackerflächen genutzt werden, auf den keine Lebensmittelproduktion stattfindet, wie z.B. Flächen zur Kraftstoffproduktion. Zudem kann der Bedarf an Biogas-Mais verringert werden, da die Energieerzeugung durch Photovoltaik fünfzig- bis hundertfach flächeneffizienter ist. Landwirtinnen und Landwirte, die in den bestehenden Energiepflanzen-Programmen ökonomisch gebunden sind, fördern wir einkommensneutral, sodass sie auf Photovoltaik umsteigen können. Durch Agro-PV-Anlagen können in Summe sogar höhere Erträge als heute erzielt werden.

Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110 Metern beiderseits von Autobahnen und Schienen sollen als "Sonnen-Ernte" landwirtschaftlicher Nutzung gleichgestellt werden. Dadurch werden sie privilegiert und das Planungsverfahren entschlackt. Zudem wollen wir mehr

Dachflächen für den Ausbau der Photovoltaik aktivieren, indem wir zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden wieder aus der Ausschreibungspflicht nehmen. Die EEG-Umlage auf Eigenverbrauch werden wir abschaffen.

Insgesamt streben wir für den Energiesektor an:

- Der bis ins Unermessliche gestiegene bürokratische Aufwand für eine eigene Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und sonstige eigene Erneuerbaren-Anlagen zur Stromlieferung an Dritte sowie die damit verbundenen, mittlerweile kaum mehr zu

- 472 verstehen steuerrechtlichen Regelungen müssen harmonisiert, deutlich reduziert und
473 vereinfacht werden, wie es auch das EU-Recht fordert.
- 474 • Den Ausbau von PV-Strom vom Dach als Mieterstrom wollen wir insbesondere im
475 Mieterstromgesetz radikal vereinfachen und steuerliche Hemmnisse und Bürokratie
476 abbauen. Dabei wollen wir Marktanreize insbesondere auch für die gebäude- und
477 bauwerksintegrierte Photovoltaik setzen. Die Verpachtung von Dächern und die
478 Vermarktung von PV-Strom vom Dach im Quartier muss einfach und lohnend werden, für
479 Erzeuger*innen und Nutzer*innen.
- 480 • Auflegen eines Förderprogramms für 100.000 Stromspeicher, die netzdienlich betrieben
481 werden, um die dezentrale Ökostromversorgung zu erleichtern.
- 482 • Anreize für Investor*innen, Anwohner*innen, und Anliegergemeinden von Wind- und
483 Solarenergieanlagen schaffen, u.a. durch Forschungs- und Förderprogramme für
484 Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und
485 Energieproduktion sowie Pflichtanteile erneuerbarer Wärme wie Solarthermie bei der
486 Modernisierung von Altbauten. Bei der Onshore-Windkraft wollen wir zugunsten von
487 Bürgerenergieprojekten die vorhandenen Spielräume jenseits der Ausschreibungspflicht
488 nutzen.
- 489 • Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten, zum Beispiel zwischen
490 Windanlagen und Naturschutz unterstützen, anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- 491 • Das Strom- und Energiemarktdesign reformieren und zukunftsfähig machen: Erneuerbare
492 werden planbar ausgebaut, Sektorkopplung wird ermöglicht und die Chancen der
493 Digitalisierung werden genutzt.
- 494 • Eine Anschlussfinanzierung für bestehende Biomasseanlagen, um die Energieerzeugung
495 aus
496 Biomasse zu erhalten. Die Anschlussfinanzierung soll daran geknüpft sein, dass die
497 Bioenergieanlagen flexibilisiert werden und entweder Biogas einspeisen können oder
498 dann Strom erzeugen, wenn wenig Wind- und Solarenergie zur Verfügung steht, und sie
möglichst weitgehend auf Rest- und Abfallstoffe sowie Gülle umgestellt werden.
- 499 • Fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbraucher*innen, der Industrie
500 und kleineren und mittleren Unternehmen, um die Quersubventionierung der Industrie
501 über die EEG- und Netzentgelt-Befreiung der energieintensiven Unternehmen zu Lasten
502 der Privathaushalte zu beenden. Das schafft mehr soziale Gerechtigkeit und Anreize, in
503 der Industrie Emissionen zu senken. Die Benachteiligungen für die erneuerbaren
504 Energien, die sich aus dem gegenwärtigen Strommarktdesign ergeben, wollen wir
505 analysieren und beseitigen.
- 506 • Europarechtliche Vorgaben im Energiemarktdesign so schnell wie möglich in nationales
507 Recht umsetzen, um der Bürgerenergie Flügel zu verleihen: So kann jede*r auf Dach oder
508 Balkon Strom erzeugen und abgabefrei selbst verbrauchen oder an Nachbar*innen
509 verkaufen.
- 510 • Deutschland muss den Vertrag über die Energiecharta kündigen, damit auch fossile
511 Infrastruktur ausländischer Eigentümer*innen entschädigungsfrei stillgelegt werden
512 kann.
- 513 • Schnellstmögliche und konsequente Umsetzung der EU-Vorgaben für den
Schadstoffausstoß
514 von Kraftwerken in nationales Recht. Die nationalen Grenzwerte müssen aus Gründen des
515 Gesundheitsschutzes - insbesondere auch bei Quecksilber - an der unteren Grenze der
516 nach EU-Recht zulässigen Bandbreiten festgelegt werden.

517 Parallel dazu setzen wir auf:

- 518 • eine Förderung der inländischen, nachhaltigen Batteriezellenproduktion und einer damit
519 verbundenen Kreislaufwirtschaft,
- 520 • die konsequente Umstrukturierung des Energiemarktdesigns und der energiebezogenen
521 Abgaben, Entgelte und Umlagen mit der Zielvorgabe 100 Prozent Erneuerbare bis 2030.
522 Dazu gehören starke Anreize für Sektorkopplung und Speicherung,
- 523 • Forschungsunterstützung für die Wasserstoff-Industrie über ein Investitionsprogramm
524 „Grüner Wasserstoff“. Gefördert werden sollen u.a. die erneuerbare
525 Wasserstofferzeugung und Speicherung, Wasserstoff-Dunkelflautenspeicher in
Gaskavernen
526 und der Einsatz in Industrieprozessen.

527 **6b. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden**

528 Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die
Sanierungsrate
529 zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen bei Weitem
530 nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Mit einem „Weiter so“ würde es hundert
531 Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudereich zu schaffen – wir brauchen ihn aber
532 viermal so schnell, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher müssen wir jetzt gemeinsam
533 mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern und allen Mieterinnen und Mietern einen Aufbruch
534 hin zu ökologisch modernen Gebäuden schaffen.

535 Mit Zuschüssen und zinslosen staatlichen Sanierungskrediten mit wahlweise langen Laufzeiten
536 unterstützen wir Eigenheimbesitzer*innen bei der energetischen Gebäudemodernisierung. Ein
537 CO₂-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung wirtschaftlicher als bisher. Damit alle
538 Eigentümer*innen und Mieter*innen bei der Energiewende in Gebäuden mitmachen und
539 partizipieren können, braucht es zusätzlich passende Regeln, Anreize und Informationen. So
540 soll der CO₂-Preis auf Wärmebrennstoffe als Anreiz für die Vermieter*innen wirken, den
541 energetischen Zustand ihrer Gebäude zu verbessern. Sie sollen deshalb CO₂-Preiskomponenten
542 nicht Eins-zu-Eins auf Mieter*innen umlegen dürfen.

543 Dazu gehört auch die steuerliche Förderung als Anreiz für energetische Modernisierung.
544 Gerade private Eigenheimbesitzer*innen benötigen steuerliche Anreize zur
545 Gebäudemodernisierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet sein. Egal
546 ob Zuschuss-, Kredit- oder steuerliche Förderung: Es dürfen nur Maßnahmen gefördert werden,
547 die nachweislich mit ihrer CO₂-Einsparung auf dem vom Pariser Abkommen vorgegebenen
548 Minderungspfad liegen. Durch Abzug von der Steuerschuld müssen alle gleichermaßen davon
549 profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.

550 Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den erneuerbaren
Energien.

551 Wir wollen:

- 552 • einen Systemwechsel erreichen: Dort, wo es die Besiedlungsstruktur ermöglicht, weg von
553 der Einzelbefeuerungsanlage und der Einzelhausbetrachtung hin zu einer
554 Quartiersbetrachtung und zu Nah- bzw. Fernwärmenetzen, die dann aus verschiedenen
555 erneuerbaren Quellen gespeist werden können.
- 556 • dass alle Kommunen ein Energiemanagement durchführen müssen und einen
Energiebericht

verfassen, damit überhaupt Daten erhoben, Maßnahmen umgesetzt und nachgesteuert werden können. Kommunen haben sich zukünftig nicht nur um ihren eigenen Gebäudebestand zu kümmern. Kommunen werden wir dabei finanziell unterstützen, eine datenbasierte Wärmeplanung für einen klimaverträglichen Umbau der Wärmeversorgung in den einzelnen Quartieren aufzulegen. Diese Wärmeplanung wird Grundlage für eine Förderung der nötigen Investitionen sein.

- den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand deutlich anheben.
- den Passivhausstandard für alle Neubauten verbindlich machen, Fassaden- oder Dachbegrünung sowie Plus-Energiegebäude fördern.
- eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Baugewerbe, um die notwendige Sanierungsrate überhaupt zu ermöglichen.

Ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“ und Klima-Service für Eigentümer*innen. 16 der 19

Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon sind noch

vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 entstanden und bisher nicht energetisch modernisiert. Die Eigentümer*innen und Mieter*innen dieser Gebäude sind in der Regel keine Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten Klimainformationen und

Modernisierungen. Zentral ist für uns daher:

- ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“, das den Tausch von Öl- und Gasheizungen gegen moderne Heizungen mit Sonnenwärme und hocheffizienten Wärmepumpen fördert,
- dass Ölheizungen ab sofort und reine Gasheizungen (ohne Kraft-Wärme-Kopplung oder Unterstützung von Wärmepumpen, Solarenergie oder anderen erneuerbaren Wärmequellen) ab 2025 nicht mehr eingebaut werden,
- der Ersatz der fossilen Erdgasversorgung durch ambitionierte Effizienzanstrengungen, die den Gesamtbedarf reduzieren, sowie durch erneuerbare Energien (u.a. grüne Gase),
- das Auflegen eines 100.000-Wärmepumpen-Programms. Mit Wärmepumpen können wir aus einer Kilowattstunde (kWh) Strom rund vier kWh Wärme machen. Der Austausch von fossilen Heizungen zu Wärmepumpen stellt mit Solarwärme und PV sowie saisonalen Speichern und Wärmenetzen in der drängenden, kurzen Zeit eine große Chance auf rasche Klimaneutralität des Gebäudebestands dar,
- ein kostenloser Klima-Service für Eigentümer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern: Qualifizierte Energieberater*innen nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen einen kostenlosen Sanierungsfahrplan fürs Haus. Ein solcher Klima-Fahrplan schlägt geeignete Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrig-Energie-Gebäude mit erneuerbarer Wärme werden kann,
- ein finanzieller Zuschuss für eine fachkundige Energie-Planung und -Bauüberwachung für Ein- und Zweifamilienhäusern: Qualifizierte Energieberater*innen planen und überwachen in Zusammenarbeit mit der Objektplanung, der Bauleitung und der

Objektbauüberwachung

595 die Umsetzung einzelner Schritte des Klima-Fahrplans für das Haus.

596 **Klima-Check und Mieterschutz für Mieter*innen.** Jeder Mieter, jede Mieterin soll wissen,
wie

597 es um die eigene Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem wollen wir

598 Mieterinnen und Mieter vor hohen Heiz- und Modernisierungskosten schützen. Dafür wollen wir:

- 599 • jeder Mieterin und jedem Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre/seine
600 Wohnung geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen
601 Heizkostenabrechnung zu erstellen,
- 602 • klimagerechte Modernisierungen von Gebäuden und Wohnungen, die sich jede*r leisten
603 kann, möglichst ohne Erhöhung der Warmmiete. Für energetisch modernisierte
Wohnungen
604 wollen wir einen Klimazuschuss zum Wohngeld einführen, damit sich auch Haushalte mit
605 kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können. Mit dem Förderprogramm „Gutes
Klima
606 im Quartier“ fördern wir energetische Modernisierungen ganzer Stadtviertel ohne
607 Erhöhung der Warmmieten. Mit der sozialen Wohnraumförderung und bei kommunalen
608 Wohnungsunternehmen ermöglichen wir das ebenfalls. Die von uns vorgesehene
Absenkung
609 der Modernisierungsumlage ist ein wichtiger Schritt, um als Sofortmaßnahme die
610 einseitige Kostenverteilung zulasten der Mieter*innen zu beenden. Darüber hinaus
611 werden wir alternative Vorschläge, die Modernisierungsumlage durch ein anderes
612 Instrument zu ersetzen, prüfen und gegebenenfalls in einem zweiten Schritt umsetzen.

613 **Aktionsplan Faire Wärme.** Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die Bausteine
der

614 Energiewende im Wärmesektor und in Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und Quartiere,
Stadt

615 und Land. Dazu gehören:

- 616 • eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische
617 Modernisierung und saubere Wärmenetze, um Heizen ohne Klimaschaden zu ermöglichen,
- 618 • das Programm „Gutes Klima im Quartier“: ein Förderprogramm für die Quartierssanierung
619 ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel und Dörfer
620 und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor Ort,
- 621 • deutlicher Ausbau der Förderung und Unterstützung für Kommunen, damit auch
622 finanzschwache Kommunen diese Aufgaben im kommunalen Klimaschutz wahrnehmen
und ihre
623 eigenen Liegenschaften möglichst schnell klimaneutral machen können,
- 624 • ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümer*innen, die ihr Haus oder ihre Wohnung
625 klimafreundlich modernisieren wollen,
- 626 • endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die
627 bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale
Bundesverwaltung;
628 Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften werden bis zum Jahr 2030 klimaneutral,
- 629 • 200 Millionen Euro jährlich für qualifizierte Energieberatung wie Klima-Service und
630 Klima-Check.

631 **Mehr Energieeffizienz.** Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird.
 632 Hier reichen die heutigen politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen und bessere
 633 Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:

- 634 • Förderprogramme für die Entwicklung und Nutzung ökologischer Bau- und Dämmstoffe,
 635 um Alternativen zu synthetischen Dämmstoffen auf fossiler Basis zu unterstützen,
- 636 • die Umsetzung des gültigen EU-Rechts in ein modernes Gebäudeenergiegesetz, das an
 637 Energieeffizienz und dem CO₂-Ausstoß ausgerichtet ist,
- 638 • Möglichst geringer Energieverbrauch als verpflichtenden Standard: das Passivhaus bei
 639 Neubauten, und bei umfassender Modernisierung sowie Sanierung des Bestandes soll das
 640 KfW-Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein, oberhalb der gesetzlichen Standards wollen
 641 wir die Förderung durch die KfW aufstocken.
- 642 • für energetische Modernisierungen staatliche Nullzins-Darlehen mit langen
 643 Rücklaufzeiten, denn eine bessere Investition als Energieeinsparung gibt es nicht.

644 **Wärmenetze dekarbonisieren und ausbauen.** Ein relevanter Teil der Wärmeversorgung
 erfolgt
 645 über Nah- und Fernwärmenetze. Doch derzeit wird das Potenzial der leitungsgebundenen
 Wärme
 646 für den Klimaschutz nicht ausreichend genutzt. Das gilt hinsichtlich der Integration von
 647 erneuerbaren Energien ebenso wie für die Nutzung von Abwärme, die bei Produktions- und
 648 Dienstleistungsprozessen entsteht und ansonsten als ungenutztes Nebenprodukt an die Umwelt

649 abgeführt werden müsste. Wir wollen:

- 650 • Nahwärmenetze zielgerichtet ausbauen und die entsprechenden Förderprogramme
 erhöhen,
- 651 • ein Förderprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher auflegen,
 652 damit insbesondere Gemeinden oder Stadtteile mit Wärmenetzen mindestens einen
 großen
 653 Wärmespeicher errichten können und so die Flexibilität im Wärme- und
 654 Stromversorgungssystem erhöht wird,
- 655 • verpflichtende Emissionsminderungsziele für Fernwärmebetreiber,
- 656 • Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und gewerblicher
 657 Abwärme durch gesetzliche Regelungen öffnen, um auch die Nah- und
 Fernwärmeversorgung
 658 so schnell wie möglich zu dekarbonisieren. Wenn eine Wärmeversorgung auf Basis von
 659 Abwärme möglich ist, ist diese einer Nutzung von zusätzlichen Erneuerbaren
 660 vorzuziehen.

661 **Flächensparend Wohnen und ressourcensparend Bauen.** Die Effizienzgewinne durch
 energetische
 662 Modernisierungen wurden in den letzten Jahrzehnten weitgehend durch die Zunahme der Pro-
 663 Kopf-Wohnfläche aufgezehrt, sodass der Energieverbrauch real kaum gesunken ist. Und das
 664 trotz Dämmung, effizienterer Heizkessel und dreifachverglaster Fenster. Gleichzeitig steckt
 665 in jedem Neubau graue Energie, die für die Herstellung von Beton, Stahl und anderen
 666 Baustoffen eingesetzt wurde. In Zeiten der Klimakrise heißt die Lösung für zu wenig

667 verfügbaren, bezahlbaren Wohnraum deshalb auch, den bestehenden Wohnraum besser auszunutzen.

668 Dazu vereinfachen wir die rechtlichen Voraussetzungen für Wohnungstausch, fördern flexible Grundrisse und beraten zu Umzügen und Umbauten mit dem Ziel der Verkleinerung der Wohnfläche. Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen ermöglichen wir es beispielsweise

671 Eltern, ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder so umzubauen, dass die alten Kinderzimmer

672 vermietet werden können.

673 **6c. Verkehrswende – mehr Mobilität mit weniger Verkehr**

674 Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase kommen aus dem Verkehrssektor. Von einem Minderungspfad, der mit den Klimazielen von Paris vereinbar wäre, sind wir meilenweit entfernt. Die Emissionen im Verkehrssektor sind derzeit immer noch genauso hoch wie 1990, alle Effizienzmaßnahmen sind durch höheres Gewicht, stärkere Leistungen, längere Strecken im Autoverkehr und die Zunahme des Straßengüterverkehrs aufgezehrt worden, alle Klimaziele im Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von Deutschland ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Allein die durch unseren Verkehr verursachten Folgekosten liegen pro Jahr bei 149 Milliarden Euro.

682 Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen heißt: Verkehr vermeiden, verlagern und klimafreundliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Ein „Weiter so“ wäre nicht nur ökologischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Irrsinn. Um Klimaschädigung und Verkehrsbelastungen wirksam zu vermindern, müssen wir eine umfassende Verkehrswende auf den

686 Weg bringen. Mit ihr geht die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und eine einseitig auf immer mehr Pkw- und Lkw-Verkehr ausgerichtete Infrastrukturentwicklung zu Ende.

688 Mit dem Ausbau von Schiene, ÖPNV und Radverkehr, der Vernetzung von Verkehrsangeboten, mit

689 neuen Sharing-Formen und der Antriebswende können wir den Energiebedarf des Verkehrs vermindern, eine für alle Menschen bezahlbare Mobilität schaffen und die Klimaziele im Verkehr erreichen. Wir können die Anzahl der Autos verringern, die heute Tag für Tag im Stau stehen und in den Städten wertvolle Flächen vollstellen, und so Verkehrssicherheit und Lebensqualität erhöhen, ohne unsere Mobilität zu vermindern. Schon die Entzerrung eingeschliffener Tagesabläufe, etwa des Schulbeginns, hilft uns, den Bedarf nach Mobilität gleichmäßiger zu verteilen und unsere Infrastruktur besser zu nutzen.

696 Unsere Schwerpunkte für eine klimafreundliche Mobilität sind:

697 **Überarbeitung des ordnungs-, finanz- und steuerpolitischen Rahmens der Verkehrspolitik.**

698 Diesen Rahmen zu überarbeiten mit dem Ziel der Förderung sozialverträglicher, ökologischer und technischer Maßnahmen heißt:

- 700 • den Bundesverkehrswegeplan komplett zu überarbeiten und als Bundesnetzplan für Mobilität neu aufzustellen,
- 702 • den Kommunen das Recht zu geben, innerorts eigenständig und unbürokratisch über die Einführung von Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu entscheiden: zum Beispiel

autofreie Innenstädte und Quartiere innerhalb ihrer Stadtgrenzen und/oder in Kooperation mit benachbarten Kommunen gestalten und dafür die Reduzierung öffentlichen und privaten Parkraums umzusetzen, Fahrradstraßen und Fußwegenetze, Tempolimits oder eine City-Maut einführen,

- den steuer- und finanzpolitischen Rahmen u.a. mit dem Ziel auszuschöpfen, den Kauf von Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auslaufen zu lassen und die Nutzung öffentlicher Verkehrsangebote preiswert zu gestalten.

Die Bahn flott machen. In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig in den Straßenbau investiert, während Schieneninfrastruktur in großem Ausmaß zurückgebaut wurde. Jetzt ist die Schiene dran! Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Schiene. Während in der Schweiz 348 Euro pro Einwohner*in in die Schiene fließen, sind es in Deutschland nur 64 Euro pro Kopf. Wir werden das Bestandsnetz besser pflegen und erhalten, stillgelegte Strecken reaktivieren und das Schienennetz ausbauen.

Zur Finanzierung wollen wir den bisherigen „Finanzierungskreislauf Straße“ auflösen, wonach Einnahmen aus der Lkw-Maut allergrößtenteils in den Straßenbau fließen. Mauteinnahmen müssen

auch der Bahn zugutekommen. Ab 2025 wollen wir keine neuen Bundesstraßen mehr in Angriff nehmen, da Deutschland mit Straßen ausreichend erschlossen ist, während bei den Schienenwegen erhebliche Nachholbedarfe aufzuarbeiten sind. Die Bahn ist das Verkehrsmittel, das sich am einfachsten und mit der höchsten Energieeffizienz elektrifizieren lässt. Sie ist das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch erhebliche Anstrengungen, damit sie diese Rolle endlich übernehmen kann:

- Bundesweiten Deutschlandtakt einführen: garantierte Anschlüsse, dichter Takt, Abstimmung Fern- und Nahverkehr.
- Regionalisierungsmittel erhöhen mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in Zügen bis spätestens 2030 zu verdoppeln und langfristig zu vervierfachen.
- Innerdeutschen und grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken: fehlende Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen, mehr Ausweichstellen und Weichen schaffen sowie bisher eingleisige Strecken ausbauen.
- Passagierrechte europaweit stärken, Nachtzugverbindungen wieder aufnehmen und erweitern.
- Um auch bei der Bahn das fossile Zeitalter auslaufen zu lassen, sind bis zum Jahr 2030 mindestens 75 Prozent der Bahnstrecken zu elektrifizieren. Die verbleibenden Strecken sind entweder ebenfalls zu elektrifizieren oder die Züge werden auf alternative Antriebe umgestellt.
- Technische Möglichkeiten ausschöpfen zur intelligenten Steuerung des Schienenverkehrs sowie zur Steigerung der Nutzung, bspw. Taktverdichtung.
- Bessere Harmonisierung und Verstärkung des internationalen Bahnverkehrs zur Beseitigung technischer Hemmnisse und für verbesserte Verbindungen; damit

einhergehend

Anschlussgarantien und grenzüberschreitender Verbraucherschutz.

- Erstellung eines Reaktivierungskonzeptes für ungenutzte und stillgelegte Schienenstrecken sowie Personen- und Güterbahnhöfe inklusive der Chance, bereits entwidmete, aber notwendige Trassen wieder zu ertüchtigen.

- Die wachsende Zahl von Eisenbahnverkehrsunternehmen erfordert eine neutrale Überwachung der Pünktlichkeit. Wir wollen diese nach einheitlichen Kriterien dem Eisenbahn-Bundesamt übertragen und die unzureichende Selbstkontrolle der Unternehmen beenden.

Den öffentlichen Personenverkehr stärken. Damit alle bezahlbar, verlässlich und klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser ausgebaut und

die Angebote verbessert werden. Dazu braucht es:

- ein Förderprogramm „Mobilität im ländlichen Raum“ mit eindeutigen Kriterien zugunsten des Ausbaus von vernetzten Mobilitäts- und Fahrzeugangeboten,
- die deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern,
- die Förderkriterien für neue ÖPNV-Verbindungen überarbeiten und Klima- und Umweltschutzaspekten ein größeres Gewicht geben,
- einen Mobilpass, um aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen, Share-Bikes und -Cars – in ganz Deutschland unterwegs sein zu können,
- eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland: durch gezielte Förderung strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen,
- ein Investitionsprogramm zur Modernisierung und Sanierung der Personenbahnhöfe über die bestehenden Initiativen hinaus,
- die Förderung von bundesweit zwanzig Modellprojekten, bei denen Kommunen auf einen umlagefinanzierten stark preisreduzierten oder ticketslosen ÖPNV umsteigen wollen - zudem werden wir die rechtlichen Hürden für alternative Nahverkehrsfinanzierungsmodelle abbauen. Wir wollen Konzepte entwickeln, wie man einen ticketlosen ÖPNV vor Ort erreichen kann,
- das Nutzen der Digitalisierung unter Berücksichtigung des Datenschutz, um weitere Kapazitätserhöhungen und Flexibilisierungen im ÖPNV zu erreichen,
- ein Investitionsprogramm für Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge in den Städten zugunsten eines engmaschigen Nahverkehrsnetzes (Trams, Trolleybusse, Straßenbahnen),
- die Erstellung eines bundesweiten Mobilitätskonzeptes, das den Umweltverbund auch im Umland stärkt, inklusive eines bundesweiten Rad- und Fußwegekonzepts in Zusammenarbeit mit den Bundesländern zugunsten einer sicheren Rad- und Fußwegeinfrastruktur mit allen notwendigen technischen Nebenanlagen wie Servicestationen oder Notrufe.

779 **Vorrang für Rad- und Fußverkehr.** Vier von zehn Autofahrten in der Stadt sind unter fünf
 780 Kilometer – Distanzen, die leicht mit dem Fahrrad oder sogar zu Fuß zurückgelegt werden
 781 können. Dem Fuß- und Radverkehr wird bislang aber meist nur so viel Platz zugestanden, dass
 782 der Auto- und Lastwagenverkehr ungehindert rollen kann. Dabei legen die Menschen ein Drittel
 783 ihrer täglichen Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Höchste Zeit, dass diese
 784 klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht mehr behindert, sondern gefördert und
 785 sicher gestaltet werden. Dazu braucht es:

- 786 • eine gerechte Verteilung und mehr Raum für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen in
- 787 den Städten und Gemeinden sowie neue Möglichkeiten des Parkraummanagements durch
- 788 Änderung des Straßenverkehrsrechts,
- 789 • autofreie Innenstädte, deren Planung und Einrichtung wir finanziell unterstützen
- 790 wollen, und die Förderung von City-Maut-Zonen,
- 791 • gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-Programme zur Förderung von Rad- und
- 792 Fußverkehr,
- 793 • eine Erhöhung der Mittel: Die Finanzierung fahrrad- und fußgängerfreundlicher Kommunen
- 794 muss sich an 100 Euro pro Einwohner*in pro Jahr orientieren,
- 795 • eine Rad- und fußverkehrsfreundliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts, um
- 796 Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und deutlich
- 797 sicherer und bequemer zu machen. Außerdem müssen Bußgelder für
- 798 verkehrsgefährdendes
- 799 und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöht werden,
- 800 • das Nutzen der Digitalisierung, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und Fußverkehr
- 801 umzusetzen.

800 **Tempolimits.** In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, und
 801 Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und zum
 802 Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- 803 • die Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen. Wenn
- 804 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in und um Städte oder
- 805 Ballungsgebiete, dann gelten maximal 120 km/h.
- 806 • die Einführung von Tempo 30 innerorts auf allen Straßen als Regelgeschwindigkeit. Die
- 807 Kommunen dürfen dort auf Tempo 50 erhöhen, wo dadurch keine zusätzliche Gefährdung
- 808 entsteht.
- 809 • ein automatisiertes Verlangsamen in Gefahrenzonen, insbesondere vor
- 810 Kreuzungsbereichen, Schulen oder Krankenhäusern.
- 811 • das Anschärfen des Bußgeldkatalogs für Falschparken und zu schnelles Fahren.

812 **Emissionsfreie Mobilität voranbringen.** Trotz Bahnausbaus und gut funktionierendem
 813 Personennahverkehr wird in naher Zukunft das Auto weiterhin eine wichtige Rolle spielen –
 814 insbesondere in ländlichen Räumen. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die richtigen
 815 politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft klimafreundlicher

816 Antriebe schnell und reibungslos gelingt und es neue Ideen für gemeinschaftliche

817 Nutzungskonzepte gibt:

- 818 • Spätestens ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden.
- 819 • Die Grüne Bundestagsfraktion wird beauftragt, unter Hinzuziehung externer
820 Einschätzungen aus Wissenschaft und Wirtschaft und in Kooperation mit der
821 Bundesarbeitsgemeinschaft Mobilität und Verkehr bis Ende 2020 ein Ausstiegsszenario
822 für das Ende des Verbrennungsmotors sowie die Produktion und den Vertrieb fossiler und
823 klimaschädigender Kraftstoffe auszuarbeiten und der Bundesdelegiertenkonferenz zur
824 Beschlussfassung vorzulegen.
- 825 • Die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge soll durch eine Bonus-Malus-Regelung in der
826 Kfz-Steuer wirken, die kleine und energiearme Fahrzeuge belohnt und emissions- und
827 energieverbrauchsintensive Fahrzeuge teurer macht sowie durch Quoten für E-Autos.
828 Diese Quoten sollen ab 2021 exponentiell ansteigen, damit bereits Mitte der 2020er
829 Jahre drastisch weniger Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auf den Markt kommen.
- 830 • Die öffentliche Hand muss bei emissionsfreien Fahrzeugen mit gutem Beispiel vorangehen
831 und bspw. Dienstwagenflotten und Nutzfahrzeugparks schnell umstellen.
- 832 • Wir wollen den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für
833 Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, die Entwicklung eines
834 flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Lade- und Tankstellen für
835 grünen Wasserstoff sowie CO₂-neutrales Gas mit unkomplizierter Handhabung und
836 Abrechnung sowie mit transparenten Preisen und Abbau bürokratischer Hürden für
837 Ladestellen in Wohnhäusern. Ladestellen sollten auch für E-Fahrräder und andere
838 Elektrofahrzeuge nutzbar sein und während des Ladens sichere Abstellmöglichkeiten
839 bieten.
- 840 • Wir wollen den Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos sowie steuerliche
841 Anreize für die Nutzung von Rad, Bus, Bahn und abgasfreier Autos statt die
842 Subventionierung schwerer Dienstwagen.

843 **Flugverkehr vermeiden und die Subventionierung des Flugverkehrs beenden.** Wir
wollen

844 innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch schnelle und
845 bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig machen. Zug um Zug mit dem
Ausbau
846 der Bahn werden wir Inlands- und Kurzstreckenflüge streichen, sodass diese bis 2030 der
847 Vergangenheit angehören. Staatliche Institutionen sollen beim Wechsel vom Flugzeug zur Bahn
848 als Vorbild voran gehen und ihre Regelungen zur Reisekostenerstattung entsprechend
anpassen.
849 Dazu muss massiv in die Schieneninfrastruktur und das Zugmaterial investiert und zugleich
850 die Subventionierung des Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der Flugverkehr
851 klimafreundlicher gemacht werden. Wir wollen:

- 852 • die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer beenden,
- 853 • die Mehrwertsteuer für alle Flugreisen einführen und eine Vervierfachung der Steuern
854 auf Flugreisen, solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang erhoben

- 855 werden, dabei soll es eine Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und
856 Lärmbelastung geben sowie die Ausweitung auf Frachtflüge,
- 857 • dass die Statussysteme für Vielflieger*innen und die Bonusmeilenprogramme aufgrund
858 ihrer klimapolitischen Fehlanreize beendet werden,
- 859 • die Subventionierung von Flughäfen stoppen,
- 860 • keine weiteren Start- und Landebahnen mehr genehmigen, sondern entsprechend des
861 wegfallenden Inlandsverkehrs reduzieren,
- 862 • die Start- und Landegebühen für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche und
863 laute Flieger erhöhen,
- 864 • eine Initiative zur Festlegung ambitionierter CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge
865 international vorantreiben,
- 866 • die Forschung und Förderung von emissionsneutralen Flugzeugen und Kraftstoffen
867 fördern,
- 868 • Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU schnellstmöglich wieder in den Europäischen
869 Emissionshandel einbeziehen – ohne kostenlose Zuteilung von Zertifikaten,
- 870 • europäische und bilaterale Abkommen zur Erhebung einer Kerosinsteuer.

871 **Den Güterverkehr dekarbonisieren.** Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu. Gleichzeitig
872 wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das wollen
873 wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:

- 874 • die Lkw-Maut reformieren: Staffelung der Maut nach CO₂-Ausstoß sowie Ausdehnung der
875 Lkw-Maut auf alle Straßen und alle Lkw über 3,5 Tonnen,
- 876 • schnell Güter von der Straße auf die Schiene bringen: dauerhafte Halbierung der
877 Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur,
- 878 • den Transportbedarf und den Güterverkehr reduzieren durch regionale
879 Wirtschaftskreisläufe und Verlagerung des Restverkehrs auf umweltfreundliche
880 Verkehrsträger,
- 881 • den gesamten Güterverkehr – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – auf
882 erneuerbare Energien umstellen; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und
883 Markteinführungsförderung,

884 **Mit der Binnen- und Seeschifffahrt die Klimaziele einhalten.** Wir wollen:

- 885 • die Koordinierung und Konzeptionierung der Schifffahrt und der Häfen endlich in eine
- 886 verantwortliche zentrale Aufgabe des Bundes überführen, um die Klimaziele und die
- 887 Kapazitätsauslastung aller Häfen einzuhalten,
- 888 • klimafreundliche Antriebe zunächst auf EU-Ebene zum Standard machen,
- 889 • die Kreuzschifffahrt endlich Umweltstandards unterwerfen, denn diese gelten dort
- 890 bisher nicht
- 891 • mehr Güter von der Straße auf das Binnenschiff bringen, in dem wir zügig marode
- 892 Wasserstraßen umweltverträglich sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung
- 893 langfristig sichern,
- 894 • schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen
- aufbauen,
- 895 • die Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen, um
- 896 schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen,
- 897 • den Seeschiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen,
- 898 • verbindliche Emissionsminderungsziele für die Seeschifffahrt – möglichst global, in
- 899 einem ersten Schritt jedoch von und zu Häfen in der Europäischen Union. Diese
- 900 Forderung hat Luxemburg bereits in den Rat der Mitgliedsstaaten eingebracht.

901 **Ausbildungs- und Forschungsoffensive.** Wir wollen:

- 902 • Die Forschung in Vernetzung und Digitalisierung von Verkehr darf nicht länger
- 903 vernachlässigt werden. Für neue Antriebe sowohl für Kraftfahrzeuge, für Schiffe und
- 904 vor allem für Flugzeuge brauchen wir innovativen Forschungsgeist. Deutschland hat die
- 905 Möglichkeit, zum globalen Spitzenreiter in diesem Sektor zu werden. Auch die Forschung
- 906 in die Vermeidung von Ultrafeinstaub muss höhere Priorität genießen.
- 907 • Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung von Verkehrs- und
- 908 Stadtplaner*innen der klimafreundlichen Mobilität Rechnung trägt. Vorbilder sind hier
- 909 unsere europäischen Nachbarn Niederlande und Dänemark.

910 **6d. Zukunftsfähige Industriepolitik**

- 911 Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als bisher.
- 912 Die CO₂-Emissionen sind gerade hier in den vergangenen Jahren nicht gesunken – trotz
- 913 europäischem Emissionshandel. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der Einsatz
- 914 Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienz zu heben, die Sektorenkopplung
- 915 effizient zu nutzen und die für eine ökologische Wende der Wirtschaft dringend benötigten
- 916 Innovationen auszulösen. Wir gehen auf die energieintensiven Industrien und Großverbraucher
- 917 von Energie zu, wie Stahl, Zement, Chemie, Papier, Aluminium, Glas, um gemeinsame
- Maßnahmen
- 918 zur Dekarbonisierung zu beraten und umzusetzen. Eine dekarbonisierte Industrie wird
- 919 wettbewerbsfähiger sein als heute. Eine deutsche Industrie, deren Klimaneutralität ein
- 920 internationaler Wettbewerbsvorteil ist, sichert ihre Zukunft.
- 921 Dem entgegen steht aber aktuell der immense und stetig steigende Energiehunger der digitalen
- 922 Transformation, der droht, zum Brandbeschleuniger der Klimakrise zu werden.
- 923 Effizienzsteigerungen im Energieverbrauch werden durch Rebound-Effekte mehr als

924 aufgefressen. Deshalb braucht es eine Suffizienzstrategie, die die Entwicklungen der
925 digitalen Transformation hinsichtlich ihres Ressourcenverbrauches sinnvoll begrenzt. Zudem
926 wollen wir durch ein Bündel an Maßnahmen dazu beitragen, die Umweltbilanz digitaler
927 Technologien zu verbessern, etwa durch:

- 928 • Verpflichtung zur Nutzung der Abwärme von Rechenzentren,
- 929 • Einführung von Benchmarks und Klassen des Energieverbrauchs bei Soft- und Hardware
930 und
Kennzeichnungspflicht der Energieverbrauchsklasse,
- 931 • Verpflichtung für Einrichtungen der öffentlichen Hand und öffentlich geförderte
932 Projekte, ausschließlich daten- und energiesparsame Soft- und Hardware zu verwenden,
- 933 • Ersetzen von Kupferkabeln durch Glasfaserverbindungen auch auf der letzten Meile,
- 934 • Einführung eines Right to Repair und einer Software Updategarantie für zehn Jahre bei
935 allen Digitalgeräten,
- 936 • Einrichtung von ressortübergreifenden Sonderprogrammen/-budgets für innovative
937 digitale Projekte der öffentlichen Hand mit besonderem ökologischem Nutzen,
- 938 • Implementierung des Aspekts Daten- und Energiesparsamkeit in Aus- und Weiterbildung
939 von Anwendern und von Produkt- und Softwaredesignern, sowie der Förderung und
Beratung
940 von Start Ups.

941 Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen
942 Förderinstrumente sind vor diesem Hintergrund:

- 943 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse tätigen: Stärkung des Emissionshandels,
944 bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte
945 Forschungsförderung,
- 946 • erneuerbare Energien zur Eigennutzung günstiger machen,
- 947 • zukünftige Förderung im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz nur für den Einsatz von
948 Erneuerbaren,
- 949 • Anreize setzen: die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der
950 energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten und Grenzausgleichsmaßnahmen
951 einführen, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen Wettbewerb
952 mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt. Gleichzeitig soll
953 damit ein stärkerer Anreiz für die Industrie gegeben werden, in CO₂-freie Technologien
954 zu investieren und CO₂-sparsame Werkstoffe einzusetzen,
- 955 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse ermöglichen: insbesondere in den
956 Bereichen Stahl, Chemie und Zement lohnen sich Investitionen in CO₂-freie
957 Industrieprozesse meist erst bei sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische
958 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche Investitionen
959 für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die Differenz
zwischen
960 dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten erstatten, die

- 961 ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen („Carbon
962 Contract for Difference“),
- 963 • klimafreundliche Leitmärkte schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen Beschaffung
964 auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge, Immobilien; Einsatz
965 recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen,
 - 966 • Quoten festlegen: Um den Umbau der energieintensiven Unternehmen planungssicherer
967 zu gestalten und perspektivisch finanzielle Förderung zu reduzieren, unterstützen wir die
968 Vorschläge auf europäischer Ebene im Zuge des angekündigten Klimapaketes,
969 ansteigende Quoten für klimaneutralen Stahl, Kunststoffe oder Zement in Autos oder auch Windrädern
970 und Gebäuden festzulegen,
 - 971 • die zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente gezielt auf die Bekämpfung der
972 Klimakrise ausrichten: Explizit klimafreundliche Innovationen werden bevorzugt
973 gefördert. Dies betrifft etwa die Startup-Förderung, die Forschungs- und
974 Entwicklungsförderung sowie die Innovationsförderung für den Mittelstand, die wir
975 sozial-ökologisch ausrichten möchten, die Hightech-Strategie, die KI-Strategie oder
976 die neue Agentur für Sprunginnovationen,
 - 977 • wir geben Planungssicherheit und senken die EEG-Befreiung der energieintensiven
978 Industrien schrittweise. Dadurch senken wir die EEG-Umlage für alle anderen und
979 entlasten sofort Haushalte mit niedrigem Einkommen, kleine und mittelständische
980 Betriebe und schaffen damit sozialen Ausgleich. So schaffen wir die Grundlage für mehr
981 Investitionen in der energieintensiven Industrie,
 - 982 • Systeminnovationen für eine klimaneutrale Wirtschaft identifizieren und fördern, zum
983 Beispiel durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten (z.B.
984 Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr,
 - 985 • die Vorgaben auf europäischer Ebene zur Kreislaufwirtschaft ausbauen: Durch eine
986 verstärkte Kreislaufwirtschaft können die CO₂-Emissionen der vier wichtigsten
987 Industriesektoren (Kunststoff, Stahl, Aluminium und Zement) in Europa um die Hälfte
988 reduziert werden,
 - 989 • klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verankern: u.a. durch ein gesetzliches
990 Abfallvermeidungsziel für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis 2030, durch
991 Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-Richtlinie,
992 durch die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung der Kreislaufwirtschaft,
993 durch zunehmende Verpflichtung und Förderung zur Wiedereinspeisung von Plastik in die
994 Kunststoffproduktion und mehr Transparenz über die energetischen Kosten über den
995 gesamten Lebenszyklus.

996 **6e. Landwirtschaft klimafreundlich und klimafest machen**

997 Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen angewiesen
998 wie die Land- und Forstwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die
999 Landwirtschaft ist schon heute sowohl Leidtragende als auch Mitverursacherin der Klimakrise
1000– und für uns auch ein Teil der Lösung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
1001Landwirtschaftssystem, in dem nicht nur klimaschädliche Gase reduziert werden, sondern es zu
1002einer langfristigen Kohlenstoffbindung in Boden und Bäumen kommt.

1003Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für
1004Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Das Motto ist „Wachse oder weiche!“,
1005produziere also intensiver und billiger. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so
1006dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als

1007 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-
 1008 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise
 1009 anzuhetzen. Immer mehr Landwirt*innen erkennen, dass dieser Weg in die Sackgasse führt.
 1010 Gemeinsam mit den Bäuer*innen wollen wir zu einer standortangepassten Tierhaltung kommen.

1011 Auch beim Ackerbau ist spätestens seit der Dürre 2018 klar, dass wir eine Strategieänderung
 1012 brauchen. Wir wollen, dass Böden so bewirtschaftet werden, dass sie CO₂ speichern und
 1013 Wetterextreme abpuffern. Und wir wollen darauf hinwirken, dass widerstandsfähige
 1014 Anbausysteme gefördert werden, um zukünftigen Wetterextremen besser trotzen zu können,
 etwa
 1015 durch die Verbindung von Fruchtfolgen, die Verbesserung von Bodengesundheit und
 Bodenschutz
 1016 oder Agroforstsysteme.

1017 Unsere Ernährung trägt zu einem Fünftel zu unserer schlechten Klimabilanz bei. Vor allem der
 1018 übermäßige Fleischkonsum ist hierfür verantwortlich. Global betrachtet verursacht die
 1019 Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich. Heute
 1020 wandert ein Drittel der weltweiten Getreideernte in die Futtertröge. Klar ist: Die
 1021 Produktion und der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten müssen sinken,
 1022 Dumpingpreise der Vergangenheit angehören. Unser Ernährungssystem muss umgebaut
 werden,
 1023 damit ökologische, regionale und gesunde Ernährung der leichte Weg sind. Vom Kindergarten
 1024 über Schulen bis zu Krankenhäusern soll die Gemeinschaftsverpflegung dementsprechend
 1025 umgestaltet werden, soll die Lebensmittelversorgung in der Stadt und auf dem Land auf
 1026 regionale Wertschöpfungsketten setzen und damit ihren Klimabeitrag leisten.

1027 Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:

- 1028 • Radikaler Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) und Qualifizierung der Gelder der
 1029 Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab
 1030 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur
 1031 noch eine klimagerechte und tier-, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.
 1032 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen
 1033 Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern. Wir müssen alle bestehenden und
 1034 sich durch die GAP-Reform ergebenden Möglichkeiten nutzen, um eine klimagerechtere
 1035 Landwirtschaft voranzubringen.
- 1036 • Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche: Dafür
 wollen
 1037 wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den Ökolandbau
 1038 investieren.
- 1039 • Umbau der industriellen Tierhaltung in tierschutzkonforme Haltung: Die Landwirtschaft
 1040 soll ihre Tierhaltung tierschutz- und klimagerecht umbauen. Die Bestände sollen dabei
 1041 reduziert werden, der Tierbestand soll flächengebunden sein und bis 2030 maximal bei
 1042 zwei Großvieheinheiten pro Hektar liegen, perspektivisch noch darunter. Zusätzlich
 1043 muss es Obergrenzen pro Standort, gerade auch für Geflügel, geben. Im Gegenzug soll es
 1044 eine Förderung für den Stallumbau geben. Damit reduzieren wir Methan- und Lachgas-
 1045 Emissionen und schützen Regenwälder vor Abholzung für europäischen Fleischkonsum
 und -
 1046 export. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Fleisch teurer wird.
- 1047 • Tierhaltende Landwirt*innen, die die Tierhaltung aufgeben möchten, wollen wir dabei
 1048 unterstützen. Sie sollen vor Ort Beratung in Anspruch nehmen können und bei der klima-

- 1049 und naturverträglichen Umnutzung der Flächen durch einen Bundesfonds unterstützt
1050 werden.
- 1051 • Verbot von Importen von Futtermitteln und Palmöl von gerodeten Flächen bzw. von
1052 Flächen, für die natürliche Ökosysteme zerstört wurden durch gesetzliche Regelungen im
1053 Rahmen des Waldaktionsplans auf EU-Ebene.
- 1054 • Stärkung des Anbaus heimischer, Eiweiß liefernder Futterpflanzen als Ersatz für
1055 Import-Soja.
- 1056 • Anpassung des deutschen Düngerechts an die Anforderungen der EU-Kommission für
Klima-,
1057 Natur- und Wasserschutz: Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete neben
1058 einem verbesserten Düngemanagement die Menge an Düngemitteln, die ausgebracht
werden
1059 darf, deutlich begrenzen. Um die tatsächlichen Düngermengen sicher zu erfassen, soll
1060 ein Meldesystem für den Handel mit Stickstoff- und Phosphordünger eingeführt werden.
1061 Wenn das Ordnungsrecht nicht zeitnah Erfolge erzielt, soll ab 2022 eine
1062 Stickstoffabgabe erhoben werden.
- 1063 • Den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden sukzessive reduzieren und eine
1064 Pestizidabgabe einführen.
- 1065 • Fördern von Permakultur: Sie bietet höchste Produktivität auf minimalem Raum und ist
1066 gut für Böden und Humus.
- 1067 • Reduzierung der Fleischproduktion: Wir wollen über die Konsequenzen des
Fleischkonsums
1068 aufklären und setzen uns für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und veganer
1069 Ernährung ein. Darum fördern wir ein größeres Angebot an vegetarischen und veganen
1070 Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen. In allen öffentlichen Mensen und Kantinen,
1071 von Schulen über Krankenhäuser bis zu Behördenkantinen, muss es möglich sein, sich
1072 bezahlbar vollwertig vegan zu ernähren.
- 1073 • Alternativen zu Fleisch aus pflanzlichen Zutaten werden künftig eine größere Rolle
1074 spielen. Die Weiterentwicklung solcher Alternativen halten wir für richtig und
1075 wichtig, denn sie eröffnen eine Perspektive, tierisches Eiweiß ohne Tierleid,
1076 Nitratbelastung und mit deutlich geringerer Klimabelastung herzustellen. Dies ist
1077 zudem ein Weg, um die Tierbestände zu reduzieren, die Tierhaltung zu verbessern und
1078 die Landwirtschaft zu extensivieren.
- 1079 • Förderung regionaler Produktion: Bei der Art und Weise, wie wir uns ernähren, setzen
1080 wir auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt, auf dem
1081 Land und in der Gemeinschaftsverpflegung. Zugleich entwickeln wir nachhaltige
1082 Ernährungsstrategien, worüber auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt wird.
- 1083 • Eindämmen von Lebensmittelverschwendung: Bis 2030 muss die
Lebensmittelverschwendung
1084 halbiert werden – das ist eines der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Um das zu
1085 erreichen, brauchen wir verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der
1086 Wertschöpfungskette und einen gesetzlichen Wegwerfstopp für Supermärkte und
1087 Lebensmittelproduzent*innen. Für lang haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder
1088 Hülsenfrüchte wollen wir das Mindesthaltbarkeitsdatum aufheben. Handels- oder EU-
1089 Normen, die dazu führen, dass zu kleines oder unförmiges Obst und Gemüse gar nicht
1090 erst die Supermarktregele erreicht, wollen wir abschaffen, Lebensmittelspenden
1091 erleichtern und Containern straffrei machen.

1092 **Wälder schützen...**

1093 Wir brauchen Wälder, die der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz
 1094 betreiben. Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen, gesunden
 1095 Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes auch
 1096 dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den Fehlern
 1097 der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen, brauchen wir
 1098 jetzt naturnahe Mischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den Dürresommer 2018
 und

1099 die Hitzeperioden dieses Jahres erleben wir ein neues Waldsterben. Die Waldpolitik muss
 1100 daher auf allen Ebenen umsteuern:

- 1101 • Umwandlung von Holzplantagen in naturnahe Wälder vorantreiben und ökologische
 1102 Bewirtschaftung gesetzlich festlegen und fördern und den Erhalt sowie die Erhöhung des
 1103 Anteils alter Bäume mit Fördermaßnahmen erreichen,
- 1104 • Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste
 1105 Finanzspritze für den kranken Wald einführen; Förderung immer nach dem Prinzip
 1106 „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ ausgeben,
- 1107 • Wiederbewaldung mit standortangepassten, heimischen Baumarten auf zerstörten
 1108 Waldflächen, in Auen und Niederungen fördern mit Vorrang der Nutzung der
 1109 Naturverjüngungs- und Naturaufwuchspotentiale,
- 1110 • Ziele der UN-Declaration of Forests umsetzen,
- 1111 • Fünf Prozent, perspektivisch zehn Prozent Wildnis- und Naturwaldflächen im
 1112 öffentlichen Wald bundesweit festschreiben, eine vergleichbare Größenordnung durch
 1113 Förderung im Privatwald anstreben,
- 1114 • Die wertvolle Ressource Holz muss effizient und nachhaltig genutzt werden, auch um zu
 1115 vermeiden, dass es zu vermehrtem Import von Hölzern kommt. Deshalb müssen der
 1116 Verbrauch von Frischfasern und der Holzverbrauch für Paletten/Verpackungen in der
 1117 Industrie stark reduziert werden. Dafür wollen wir die Kaskadennutzung fördern, in der
 1118 Holznutzung für langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle
 1119 steht. Erst ganz am Ende einer Nutzungskette sollten kurzlebige Holz- und
 1120 Papierprodukte entstehen oder Holz als Energieträger verbrannt werden. Die Nutzung von
- 1121 landbasierter Biomasse für energetische Zwecke darf nicht weiter ausgebaut werden. Die
 1122 direkte Verbrennung von Frisch-Holz darf nicht weiter gefördert werden und muss
 1123 zurückgehen. Heizungen mit Holz (fester Biomasse) müssen mit wirksamer
 1124 Emissionsminderungstechnik entsprechend dem Stand der Technik (z.B.
 1125 Partikelabscheider) ausgestattet sein, um negative Effekte auf die Luftqualität zu
 1126 vermeiden.
- 1127 • Kohlenstoffsенke des Waldes erhalten durch Ausweisung von Naturwäldern verbunden mit
 1128 einer Anpassung des jährlichen Holzeinschlags und der Förderung von Waldflächen mit
 1129 natürlicher Waldentwicklung, um Anpassungsprozesse an die Klimakrise zu ermöglichen.

1130 **...und Moore auch.**

1131 Entwässerte Moore setzen Klimagase frei. Besonders landwirtschaftlich genutzte Moorböden,
 1132 die zwar nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands ausmachen,
 1133 emittieren 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft.

Moorschutz

1134 würde daher auf die Fläche gerechnet überproportional hohe Einsparungen in den
 1135 Treibhausgasen bedeuten. Daher ist Moorschutz wichtig und notwendig.

- 1136 • Moore renaturieren: Die schnelle Wiedervernässung von Mooren ist von
 1137 überproportionalem Nutzen zur Einsparung von Treibhausgasen. Deshalb starten wir ein
 1138 gemeinsames großflächig wirksames Moorrenaturierungsprogramm von Bund und
 Ländern und
 1139 stoppen den Umbruch, die Entwässerung und die Zahlung von Agrarsubventionen für die
 1140 Bewirtschaftung entwässerter Moorböden ab 2021.
- 1141 • 50 Prozent des entwässerten Waldes sollen bis 2030 wiedervernässt werden.
- 1142 • Für alle bundeseigenen Moorflächen muss die Entwässerung sofort gestoppt werden.
- 1143 • Paludikultur, also die landwirtschaftliche Nutzung nasser Hoch- und Niedermoore,
 1144 wollen wir als Landwirtschaft anerkennen und in die Agrarförderung aufnehmen. Dazu
 1145 starten wir ein Investitionsprogramm und eine Klimaschutz-Flächenprämie.
- 1146 • Aus der Gewinnung von Torf wollen wir aussteigen und Torf durch erneuerbare
 1147 Alternativen ersetzen.

1148 **6f. Green Finance**

1149 Der Finanzsektor ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Mit einer breit angelegten Strategie
 1150 sorgen wir dafür, dass Anlagekapital in Zukunft Klimaschutz statt Klimazerstörung
 1151 finanziert:

- 1152 • Alle Akteure – Banken, Versicherungsunternehmen und Rating-Agenturen – müssen
 Risiken,
 1153 die sich aus nicht nachhaltigen Investitionen ergeben, konsequent berücksichtigen. So
 1154 können Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder den Klimazielen von Paris
 1155 zuwider arbeiten, von den Anleger*innen auf den Finanzmärkten abgestraft werden. Das
 1156 heißt für sie höhere Zinsen und schlechterer Zugang zu Kapital.
 1157 Nachhaltigkeitskennziffern müssen in der Berichterstattung regelmäßig offengelegt
 1158 werden.
- 1159 • Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung
 1160 durch Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel
 1161 durch Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen oder durch Aufschläge bei
 1162 Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen.
- 1163 • Damit Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld mit gutem
 1164 Gewissen anlegen können, brauchen wir ein EU-Label für nachhaltige Finanzprodukte mit
 1165 starken ökologischen und sozialen Standards. Anhand eines einfachen
 1166 Klassifizierungssystems und klarer Standards für Grüne Anleihen können Anleger*innen
 1167 sich einfach über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlage informieren. Auch

1168 werden sie bei jedem Beratungsgespräch verpflichtend gefragt, wie
1169 Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen berücksichtigt werden sollen.

1170 • Die Europäische Zentralbank muss ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Als
1171 Sicherheiten sollte sie nur noch Vermögenswerte akzeptieren, die mit unseren
1172 Klimaschutzzielen konform sind.

1173 • Auch für die öffentliche Hand brauchen wir endlich neue Anlagerichtlinien. Die
1174 Pensionen für die Beamten oder auch für die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit
1175 müssen nach Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Der Bund kann
1176 dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er seine
1177 Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas
1178 machen, beenden (Divestment).

1179 **7. Klimaschutz in Bildung und Wissenschaft**

1180 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für uns Grundlage politischer Entscheidungen. Sie kommen
1181 aus allen Bereichen: Geistes-, Sozial-, Human-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften. Sie
1182 zeigen Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche Probleme,
1183 wie zum Beispiel den menschengemachten Klimawandel, auf. Aktuelle Studien, wie zum Beispiel

1184 zum Schmelzen der Permafrostböden, zeigen, dass die Klimakrise bereits weiter
1185 fortgeschritten ist als bisher angenommen. Der notwendige Weg, die globale Erhitzung zu
1186 begrenzen, erfordert gesellschaftliche Auseinandersetzung, deren wissenschaftliche
1187 Begleitung sowie eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE).

1188 Ernährungssicherheit, Bevölkerungswachstum oder Energiewende: keine globale
Herausforderung

1189 lässt sich losgelöst von der Klimafrage bearbeiten. Die Gestaltungsaufgaben für eine globale
1190 Nachhaltigkeitstransformation sind dabei weder rein wissenschaftlich-technologischer noch
1191 rein gesellschaftlicher Natur. Daher brauchen wir Forschung und Bildung, die Ansätze aus
1192 allen Disziplinen zusammenführt, um die Systemfragen und die Schnittstellen zwischen Klima,
1193 Biosphäre und sozio-ökonomischer Entwicklung zu bearbeiten.

1194 Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon, genau
1195 hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie schon bei der
1196 Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß menschlicher
1197 Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten
1198 Organismen. Wir werden alle Optionen am Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der Umkehrbarkeit
1199 messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in der Folge neue
1200 Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden
1201 können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen die Freiheit.
1202 Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:

1203 • Klimagerechtigkeit muss in allen Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen,
1204 Erwachsenenbildungseinrichtungen, berufliche Fort- und Weiterbildung, Hochschulen
1205 etc.) und non-formalen Bildungsorten auf allen Ebenen besser verankert werden. Die
1206 Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung müssen
zügig
1207 umgesetzt werden. Wichtig ist auch Menschen die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung
1208 (Sustainable Development Goals – SDGs) zu vermitteln. Ausgehend von der zeitlich
1209 bedingten Notwendigkeit, muss Bildung für nachhaltige Entwicklung deshalb im gesamten

- 1210 Bildungs- und Wissenschaftssystem maßgeblich das Grundverständnis, die Strukturen,
1211 Inhalte und Ziele bestimmen.
- 1212 • Wir wollen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die
1213 landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung aufnehmen, z. B. durch vertiefende Lehre in
1214 der Bodenbiologie. Den Ökolandbau wollen wir in vollem Umfang in die Lehre an
1215 Hochschulen und in die landwirtschaftliche Ausbildung integrieren und Forschung an
1216 klimapositiver Landwirtschaft stärker fördern.
- 1217 • Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, brauchen wir in erheblichem Umfang negative
1218 Emissionen, d.h. wir müssen Kohlendioxid aus der Atmosphäre zurückholen. Das gelingt
1219 zum einen durch die Speicherung von CO₂ in den Böden und Wäldern, zum anderen
1220 durch neue Technologien. Solche, die in die biogeochemischen Prozesse der Erde eingreifen,
1221 lehnen wir ab. Bei der Forschung und Erprobung von Geoengineering müssen sich alle
1222 Optionen an den Prinzipien der Vorsorge und der Umkehrbarkeit messen lassen.
- 1223 • Für ein noch besseres Verständnis der ökologischen Herausforderungen braucht es unter
1224 anderem Klima-, Energie-, Vulnerabilitäts-, Klimanpassungs- und Akzeptanzforschung,
1225 Forschung zur Zukunft der Arbeit sowie unterschiedlichen Ansätzen in der Wirtschaft
1226 und zur Überwindung der „Wissens-Verhaltens-Lücke“.
- 1227 • Wir brauchen insgesamt mehr Vielfalt in allen Wissenschaftsbereichen. Dabei ist es für
1228 uns zentral, dass die Wissenschaft frei und unabhängig von Verwertungsinteressen
1229 bleibt. So müssen zum Beispiel einige Bundeszuwendungen verstetigt werden.
1230 Anderenfalls werden unvorhersehbare, kreative Ideen und interessanter Dialog verloren
1231 gehen.
- 1232 • Wir wollen bestehende Grenzen zwischen den Wissenschaftsfeldern aufbrechen und trans-
1233 und interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit der
1234 Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, gemeinsame Forschung mit
1235 Anwohner*innen sowie lokalen Initiativen in Reallaboren zu ermöglichen.
- 1236 • Öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben schon immer
1237 einen Vorbildcharakter gehabt, was nachhaltige Entwicklung betrifft. Sie müssen durch
1238 klimagerechte Maßnahmen insbesondere bei Mobilität, eigenem Energiekonsum, Gebäude
1239 und Beschaffung bis spätestens 2030 klimaneutral sein.

1240 **8. Mit Klimaschutz dem ländlichen Raum eine Zukunft geben**

1241 Das fossile Zeitalter war mit einem Versprechen neuer Freiheit für den ländlichen Raum
1242 verbunden, das sich nicht erfüllt hat. Denn mit dem Siegeszug des Automobils ging ein
1243 Rückzug der Angebote alltäglicher Infrastruktur aus der Fläche einher: Immer weitere Wege
1244 zur Arbeit, zu Gesundheitsversorgung, Banken, zum Einkauf, zu Behörden oder
1245 Freizeitangeboten. Alternativen zum Auto wurden zurückgebaut. Vor allem durch den Rückzug
1246 der Bahn aus der Fläche ist der Nahverkehr vielerorts nicht mehr konkurrenzfähig.

- 1247 Kommunikationsorte wie Gastwirtschaften gehen verloren, Dorfkerne veröden, die Gewinnung
von
1248 Arbeitskräften und Auszubildenden scheitert oft am hohen Aufwand für Mobilität. Die
1249 Abhängigkeit vom Auto und der Rückzug der Infrastruktur aus der Fläche haben dem Land nicht

1250 gut getan. Beides schließt alte ebenso wie junge oder Menschen mit geringem Einkommen von
1251 einem Teil des Lebens aus.

1252 Die Energiewende bietet große Chancen für mehr Wertschöpfung auf dem Land. Die
1253 Mobilitätswende bietet große Chancen auf eine Wiederbelegung der öffentlichen Räume und auf

1254 mehr Unabhängigkeit vom eigenen Auto. Die Wende in Land- und Ernährungswirtschaft eröffnet
1255 die Chance auf eine Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Klimakrise ist
1256 schon jetzt auf dem Land besonders zu spüren durch Trockenheit, Wassermangel, Brände,
1257 Bodenerosion oder das Absterben unserer Wälder.

1258 Der Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft wird jedoch nur gelingen, wenn alle Menschen
1259 auf diesem Weg mitgenommen werden. Wir müssen das Auseinanderdriften der Regionen
stoppen,
1260 das Gefälle zwischen Stadt und Land darf nicht noch größer werden. Deshalb muss Klimapolitik
1261 sozial ausgewogen sein und auf die Unterschiede zwischen Ballungsräumen und dem Land
1262 Rücksicht nehmen. Wenn wir es richtig machen, wird Klimaschutz zu einer Stärkung des
1263 ländlichen Raums führen.

1264 Ein relevanter Teil der Landbevölkerung lebt mit geringen oder durchschnittlichen Einkommen
1265 in größerem Wohneigentum, heizt mit Öl oder Gas und ist für Teilhabe und die Grundversorgung

1266 fast vollständig auf das eigene Auto angewiesen, darunter überdurchschnittlich viele ältere
1267 Menschen. Die einzelnen Bürger*innen sind davon abhängig, dass ihnen öffentlicher Nahverkehr

1268 in einer zumutbaren Qualität zu bezahlbaren Tarifen bereitgestellt wird.

1269 Die Anschaffung von emissionsfreien Autos, die energetische und barrierefreie Sanierung von
1270 Wohnhäusern und die Umstellung von alten Ölheizungen erfordern erhebliche Investitionen.
1271 Trotz hoher Förderungen ist das nicht für alle ohne weiteres zu stemmen. Daher gehen wir
1272 neue Wege und schaffen Wahlmöglichkeiten:

1273 • Der Ausbau von Alternativen zum Auto auf dem Land hat Priorität: Vergleichsweise
1274 schnell zu reaktivierende Bahntrassen können zum Rückgrat für einen attraktiven und
1275 bezahlbaren öffentlichen Verkehr werden. Die Digitalisierung bietet gerade für das
1276 Land Chancen auf ganz neue Mobilitätsangebote: Flexible Rufsysteme, die Integration
1277 des Taxis und von Mitfahrgelegenheiten in den öffentlichen Nahverkehr sowie Angebote
1278 für die letzte Meile von der Haltestelle bis zur Haustür werden damit leichter
1279 zugänglich.

1280 • Neue Lösungen für den Individualverkehr: Die Digitalisierung erleichtert den Aufbau
1281 von Sharing-Angeboten für E-Autos, leichte Fahrzeuge und E-Bikes. So können wir die
1282 Haushalte von den hohen Kosten für die Haltung oft mehrerer Kraftfahrzeuge entlasten.
1283 Die Entwicklung und Förderung solcher Angebote jenseits des klassischen Nahverkehrs,

1284 die sich auf dem Land – anders als in Ballungsräumen – nicht ohne weiteres
1285 wirtschaftlich rechnen, gehört für uns zur Daseinsvorsorge.

1286 • Den Wohnungsbestand zukunftsfest machen: Wir werden gezielte Programme für die
1287 Sanierung des Eigenheimbestands auf dem Land entwickeln, die neue
Finanzierungsmodelle
1288 für Härtefälle und systematische Unterstützung bei der Umsetzung der Sanierung
1289 verbinden.

1290 • Wir wollen faire Bedingungen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
1291 und die dafür notwendigen Kompensationsmaßnahmen aufgrund der räumlich
1292 unterschiedlichen Auswirkungen der CO₂-Bepreisung prüfen und auf den Weg bringen.

1293 Wir verringern den Zwang zu Mobilität:

1294 • Neben der Art der Mobilität wollen wir vor allem die Chancen der Digitalisierung zur
1295 Vermeidung von Verkehr nutzen, etwa durch ein Recht auf Homeoffice, durch die
1296 Vermeidung von Dienstreisen durch Telefonkonferenzen oder den Ersatz von
1297 Behördengängen durch digitale Angebote der Verwaltung.

1298 • Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu beleben und die Ernährungswende
1299 umzusetzen, sind kleine, regionale Lebensmittelverarbeiter wie Mühlen, Bäckereien oder
1300 Brauereien unverzichtbar. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung wollen wir mit
1301 Entlastung von Regulierung, die für die Großindustrie geschaffen wurde, und speziellen
1302 Fördermaßnahmen für beispielsweise moderne energieeffiziente Anlagen bei der
1303 Transformation hin zu CO₂-neutralen Betriebsprozessen unterstützen.

1304 • Wir wollen den Rückzug der Alltagsinfrastruktur wie Behörden, Gesundheitsversorgung,
1305 Banken und Kultureinrichtungen aus dem ländlichen Raum stoppen. Dazu gehört die
1306 Förderung mobiler Infrastruktur für solche Dienstleistungen in der Fläche, um die
1307 Notwendigkeit für individuelle Mobilität zu reduzieren.

1308 **9. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz**

1309 Unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden Menschen mit geringen Einkommen mehr als
1310 Menschen mit hohen. Daher ist Klimapolitik immer auch Sozialpolitik. Zugleich ist klar, dass
1311 Preiserhöhungen sozial ausgewogen sein müssen. Wir wollen den Klimaschutz als Gesellschaft
1312 gemeinsam und fair miteinander gestalten und die Auswirkungen der klimapolitischen
Maßnahmen

1313 auf soziale Bedingungen, auf die Verteilung der Einkommen, der Vermögen und der Chancen in
1314 unserem Land regelmäßig analysieren, um im Bedarfsfall weitere konkrete Maßnahmen zu
1315 entwickeln. Die notwendige Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn sie
1316 ökologisch und gleichzeitig sozial ist. Die ökologische Frage ist auch immer eine soziale
1317 Frage.

1318 Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen. Wir wollen die
1319 klimapolitischen Maßnahmen durch eine aktive und vorausschauende Industrie-, Arbeits- und
1320 Sozialpolitik begleiten. Für besonders betroffene Branchen wollen wir mit Wissenschaft,
1321 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden Transformations- und Ersatzstrategien
entwickeln.

1322 In besonders betroffenen Regionen streben wir frühzeitig gezielte strukturpolitische
1323 Maßnahmen an, um vor Ort neue Arbeitsplätze zu schaffen.

1324 Wir stellen sicher, dass die Menschen von ökologisch-sozialer Modernisierung profitieren:

- 1325 • Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir jährlich ein Energiegeld, das
1326 alle Einwohner*innen am Jahresanfang erhalten. Es steigt mit dem CO₂-Preis an. Da
1327 Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren
1328 sie überdurchschnittlich davon. Die über die Absenkung der Stromsteuer hinausgehenden
1329 Einnahmen der CO₂-Bepreisung schütten wir vollumfänglich aus. Dieses Energiegeld
1330 erhält jede*r in derselben Höhe und es wird nicht auf Transferleistungen angerechnet.
1331 Außerdem führen wir ein wirksames Monitoring über die sozialen Folgen der
1332 Klimamaßnahmen ein. Wir wollen den Sozialstaat so besser machen, soziale Härten sollen
1333 vermieden werden, denn ökologischer und sozialer Aufbruch können Hand in Hand gehen.
- 1334 • Kaufpreisprämien müssen in niedrigeren Preissegmenten höher sein als in teureren
1335 Preissegmenten.
- 1336 • Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und Stromsperren verhindern, von
1337 denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen
1338 Lebenslagen betroffen sind. Wo Menschen mit geringem Einkommen keinen Einfluss auf die
1339 energetischen Zustand ihrer Wohnung haben, weil sie weder die Sanierung durchsetzen
1340 können noch eine Auswahl am Wohnungsmarkt haben, wird ein Klimazuschuss zum
1341 Wohngeld in einer Übergangsphase auch bei einem schlechten energetischen Zustand des
1342 Wohngebäudes gewährt.
- 1343 • Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein Klimawohngeld einführen und so für Mieterinnen
1344 und Mieter mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Modernisierungen ermöglichen.
- 1345 • Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische
1346 Kaufentscheidungen. Wir wollen das Tarifvertragssystem stärken, den Mindestlohn
1347 erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine bessere
1348 Bezahlung der sozialen Berufe durchsetzen.
- 1349 • Beim Strukturwandel wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung und
1350 Qualifizierung sind dabei entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung
1351 einführen, die Beratung vor Ort verbessern und vernetzen sowie eine sozial gerechte
1352 Weiterbildungsförderung schaffen. Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer
1353 Arbeitsversicherung weiterentwickeln.
- 1354 • Um Beschäftigte zu unterstützen, die aufgrund eines Klimaschutzbedingten
1355 technologischen Wandels absehbar neue Qualifikationen benötigen, schlagen wir ein
1356 Klimaqualifizierungsgeld vor. Dies kommt insbesondere solchen Unternehmen zugute, die
1357 auf Grund ihrer Größe und ihres Umsatzes nicht ohne weiteres einen eigenen
1358 Qualifizierungsfonds einrichten können. Voraussetzung für den Bezug des
1359 Klimaqualifizierungsgeldes ist ein gemeinsam zwischen den Betriebspartnern erstellter
1360 Business- und Qualifizierungsplan, der klar regelt, welche Maßnahmen für den
1361 Klimaschutz getroffen und welche Qualifikationen durch die Beschäftigten erworben
1362 werden müssen.
- 1363 • Für Regionen, die besonders von der Transformation betroffen sind, braucht es gezielte
1364 Hilfe. Daher unterstützen wir den „Just Transition Fund“ auf EU-Ebene und wollen die
1365 beihilferechtlichen Vorgaben in Sinne gerechter Transformation weiter entwickeln.
- 1366 • Um soziale Härten im Zuge des Kohleausstieges zu vermeiden, müssen im
1367 Kohleausstiegsgesetz bzw. im Strukturstärkungsgesetz arbeitsmarkt- und
1368 qualifizierungspolitische Maßnahmen sowohl für die direkt als auch für die in der

- 1369 Zuliefererindustrie indirekt vom Braunkohleausstieg betroffenen Beschäftigten
 1370 enthalten und mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt sein. Zugleich müssen die
 1371 Vorbereitungen zur nachhaltigen sozialen Absicherung älterer Beschäftigter,
 1372 insbesondere in Form des Anpassungsgeldes, gerade auch im Haushalt unverzüglich
 1373 eingeleitet werden.
- 1374 • Wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Arbeiten verpflichtet werden, wenn
 1375 sie durch extreme Hitze ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Deswegen wollen wir
 1376 für hitzebedingte Arbeitsausfälle ein Hitzegeld einführen, das den Beschäftigten 60
 1377 Prozent ihres Nettogehaltes garantiert.
- 1378 • Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Bahn und ÖPNV sind
 1379 Bereiche der Daseinsfürsorge. Der Umstieg auf ÖPNV und Bahn muss attraktiver werden
 1380 durch günstige Preise, einfache Abwicklung und bequeme Verknüpfung mit P+R für
 1381 Fahrten
 1382 aus entlegenen Gebieten. Über Sozialtickets und unseren Mobilpass sorgen wir dafür,
 1383 dass Bahnfahren und ÖPNV gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbar
 1384 sind.
- 1385 • Wir wollen die Stromkostenpauschale aus dem Hartz-IV-Regelsatz herauslösen und
 1386 jährlich dynamisieren, sodass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer
 1387 Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus dem
 1388 Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen werden.
 Menschen,
 die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet
 werden.

1389 **10. Anpassung an das Unvermeidbare**

1390 Anpassung ist keine Alternative zur Minderung von Treibhausgasen. Jedes Zehntel Grad
 1391 Erderwärmung macht einen Unterschied, wie heftig die Auswirkungen der Klimakrise in den
 1392 nächsten Jahrzehnten sein werden. Daher kommt es auch auf jede eingesparte Tonne CO₂ an.
 1393 Doch auch bei einer Begrenzung der globalen Erhitzung auf deutlich unter zwei Grad, selbst
 1394 bei 1,5 Grad werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich spürbar sein. Eine Anpassung
 1395 daran ist unvermeidlich. Die Zunahme der Extremwetterereignisse wie Dürren oder die
 1396 Extremniederschläge der vergangenen Jahre haben gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen.

1397 Zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Bewältigung des Unvermeidbaren
 1398 braucht Deutschland einen Aktionsplan, der Klimaschutz und Klimaanpassung miteinander
 1399 verbindet. Damit werden Menschen, Städte, Umwelt und Natur widerstandsfähiger gegen die
 1400 Folgen der Klimakrise gemacht und können einen größeren Beitrag zur Minimierung der
 1401 Klimakrise leisten. Im Zentrum dabei steht für uns ein nationaler Klimafolgenanpassungsfonds
 1402 in Höhe von zwei Milliarden Euro, mit denen wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise
 1403 begrenzen wollen. Folgende Schritte sind aus unserer Sicht schon jetzt unerlässlich:

- 1404 • Beim Städte- und Wohnungsbau müssen wir für Hitzeschutz sorgen. Schon heute liegen
 1405 die
 1406 Temperaturen in Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise zehn
 Grad über denen des Umlandes. Menschen können nächtelang nicht schlafen und
 arbeiten
 in klimatisierten Räumen. Wir brauchen einen Städte- und Wohnungsbau, der die
 Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt. Statt Betonwüsten braucht es mehr Bäume,
 Wasser- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen in unseren Städten, denn sie wirken
 wie Klimaanlage. Wir streben eine Flächenkreislaufwirtschaft an, indem wir
 verbindliche Budgets für die Neuversiegelung von Flächen definieren und auf die
 Kommunen herunter brechen. Jede Neuinanspruchnahme als Siedlungs- und
 Verkehrsfläche

1413 muss von Ausgleichsmaßnahmen im Umfeld begleitet sein, wobei die entsiegelte Fläche
1414 nicht kleiner als die neu versiegelte sein darf und vier junge Bäume einen alten Baum
1415 ersetzen. Den Kommunen wollen wir Instrumente in die Hand geben, um bei
1416 Neuversiegelungen im Umfeld Ausgleichsmaßnahmen wie Entsiegelungen und

Baumpflanzungen
1417 durchzusetzen, etwa durch städtebauliche Verträge mit Bauträgern. Mit finanziellen
1418 Mitteln müssen Projekte für mehr Stadt- und Fassadenbegrünung, Schattenflächen,
1419 Häuserdämmung sowie Kühlung durch Kältespeicher und erneuerbar betriebene

Wärmepumpen
1420 in den Wohnungen, aber auch begrünte Fassaden und hellerer Straßenbelag gefördert
1421 werden. Das ist gut für die Gesundheit der Menschen, die Luft und das Klima.

- 1422 • Um unsere Städte fit für die Klimakrise zu machen, wollen wir sie zu Schwammstädten
1423 umbauen. So wird das Regenwasser gespeichert, wo es anfällt, um es in Trockenperioden
1424 zu nutzen. Damit werden wertvolle Ressourcen geschützt und die Infrastruktur an immer
1425 extremere Starkwetterereignisse angepasst.

- 1426 • Wir wollen Betroffene entschädigen. Derzeit sind nur 40 Prozent der Häuser in
1427 Deutschland gegen Elementarschäden versichert und gerade in den von Hochwasser
1428 gefährdeten Gebieten werden Versicherungen gar nicht mehr angeboten oder sind kaum
1429 finanzierbar. Neben angemessenen Versicherungslösungen für die Betroffenen ist ein
1430 zusätzlicher Fonds für unbürokratische und zügige Entschädigungszahlungen aufzulegen
1431 für Menschen, deren Existenz bedroht ist. Zudem sollen regionale Landkarten erstellt
1432 werden, auf denen absehbare Gefährdungslagen kartiert sind. Die Ausweisung von
1433 Neubaugebieten in Überschwemmungsgebieten werden wir beenden.

- 1434 • Wir wollen den Gesundheitsschutz erhöhen. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist
1435 die Zahl von Todesfällen aufgrund von Herzkrankheiten während der Hitzewellen deutlich
1436 angestiegen. Besonders betroffen sind Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen. Das
1437 Bundesgesundheitsministerium rechnet bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer um den
1438 Faktor drei bis fünf erhöhten Todesrate durch Hitzewellen. Hinzu kommen Folgeprobleme
1439 wie eine massive Zunahme von Allergien, da sich etwa die Pollenflugsaison in den
1440 vergangenen 30 Jahren bereits um zehn bis zwölf Tage verlängert hat. Für Warnsysteme,
1441 bessere Behandlungsmöglichkeiten von klimabedingten Krankheiten sowie Hitze-
1442 Aktionspläne muss Geld bereitgestellt werden. Die Aktionspläne sollten eine
1443 koordinierte Kommunikation von Tipps und Verhaltensweisen für die Bevölkerung bei
1444 Extremwetterereignissen beinhalten. Über eine bundesweite Beratungstelefonnummer
1445 sollen Informationen zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden abgerufen
1446 werden können.

- 1447 • Wir wollen einen bundesweiten Hitzeaktionsplan verabschieden. Damit schützen wir die
1448 Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden.

- 1449 • Wir wollen die Landwirtschaft anpassen und die Forschung für robuste Anbausysteme
1450 intensivieren, damit Landwirt*innen die Herausforderungen der Klimakrise meistern
1451 können. Entschädigungen sowie Förderprogramme für technische Lösungen bekämpfen
1452 nur
die Symptome, sparen aber die erforderlichen Änderungen im System sowohl auf dem
Acker
1453 als auch in der Tierhaltung aus. Vielfältige Fruchtfolgen, angepasste Sorten und
1454 humusreiche Böden können Trockenstress und Klimawandel besser trotzen als
1455 Monokulturen. Alternative Forschung und Anbaumethoden müssen deutlich stärker
1456 gefördert werden.

- 1457 • Wir wollen gesunde Böden fördern: Viele Regionen werden in den nächsten Jahren mit
1458 Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und geschützt ist
1459 – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Wir werden den
Humuserhalt
1460 und -aufbau von Böden durch Umwandlung ungeeigneter Äcker in Grünland sowie die

- 1461 Ausweitung agrarökologischer Methoden wie Agroforstsysteme, Mischkulturen, weite
1462 Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung fördern.
- 1463 • Wir wollen Flächen entsiegeln. Versiegelte Flächen heizen die Umgebung nicht nur
1464 unnötig auf, sondern können auch kein Regenwasser aufnehmen. Letzteres führt zu
1465 Überschwemmungen. Deshalb braucht es ein Programm zur Wiederherstellung
1466 geschädigter und versiegelter Böden in ihre natürliche Funktion als CO₂- und Wasserspeicher.
- 1467 • Bäume stellen Kohlenstoffsinken dar. Deshalb sind Agroforstsysteme unabdingbar für
1468 eine klimagerechte Landwirtschaft. Auch wollen wir den Baumstand (Vorratsfestmeter) im
1469 Wald erhöhen und durch Begrünung städtischer Umgebungen und entlang von
1470 Verkehrswegen steigern.
- 1471 • Wir wollen Wälder vor Bränden schützen. Ganz besonders wichtig ist
1472 Waldbrandprävention. Dazu gehören Vorsorgemaßnahmen wie Schutzstreifen und
1473 Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder insbesondere nach
1474 Sturmschäden von Monokultur-Nadelwäldern hin zu artenreichen Mischwäldern. Diese sind weniger
1475 brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die Artenvielfalt. Darüberhinaus ist eine
1476 Waldbrandstrategie gefordert. Für den Fall großer Waldbrände braucht es
1477 bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und eine gute
1478 Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen.
- 1479 • Wir wollen vor Hochwasser schützen. Hochwasserschutz ist mehr als Deiche bauen. Mit
1480 Blick auf die mittlerweile alle paar Jahre hereinbrechenden Jahrhunderthochwasser ist
1481 eine prioritäre Finanzierung des ökologischen Hochwasserschutzes überfällig. Dazu
1482 gehört, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben sowie eine Reaktivierung von Auen
1483 entlang von Flüssen. Auch braucht es Hochwasserkonzepte für Städte, die aufgrund ihrer
1484 massiven Versiegelung nicht für extreme Niederschläge gerüstet sind.

1485 **11. Klimaschutz kennt keine Grenzen**

1486 Auch wenn sich dieser Maßnahmenplan vor allem auf die national notwendigen Anstrengungen
1487 konzentriert, so ist doch völlig klar: Unser Beitrag zum Paris Abkommen ist europäisch und
1488 muss global gedacht werden. Wir möchten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 dafür zu
1489 nutzen, innerhalb der EU und im Kontext der G20 auf eine Ambitionssteigerung und
1490 beschleunigte Umsetzung der Beiträge zum Paris Abkommen hinzuwirken. Deshalb wollen wir
1491 konsequenten Klimaschutz im eigenen Land umsetzen und gleichzeitig Klimaschutz in anderen
1492 Teilen der Welt unterstützen. Deshalb machen wir den Klimaschutz, den Ausbau erneuerbarer
1493 Energien und die Anpassung an Folgen des Klimawandels zu einem Schwerpunkt der Außen-,
1494 Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik und wollen den Aufbau eines internationalen
1495 Finanzierungsmechanismus für klimabezogene Schäden und Verluste unterstützen, der durch
1496 die

1496 Verursacher finanziert wird

1497 Von der Klimakrise betroffen sind weltweit zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht
1498 haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders
1499 Frauen, in den Ländern des Globalen Südens. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
1500 Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Insbesondere mit Schwellen- und
1501 Entwicklungsländern bauen wir Klimapartnerschaften auf und verstärken die klimapolitische
1502 Zusammenarbeit.

1503 Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die
1504 besonders von der Klimakrise betroffen sind, solidarische und koordinierte Hilfe der
1505 Staatengemeinschaft erhalten. Dafür fördern wir systematisch Klimarisikoanalysen und ein
1506 Klimarisikomanagement. Ansätze auf internationaler Ebene müssen die Umsetzung der
1507 Menschenrechte, etwa der Rechte auf Nahrung, Wasser oder Gesundheit, befördern und die
1508 Bevölkerung vor Ort miteinbeziehen. Lokal Betroffenen muss die notwendige Umsiedlung in
1509 Würde garantiert werden, Menschen, die ihre Heimat aufgrund der Klimakrise verlassen,
1510 brauchen internationalen Schutz.

1511 • Wir werden uns in den internationalen Klimaverhandlungen dafür einsetzen, das Pariser
1512 Klimaabkommen zu einem internationalen Regime weiterzuentwickeln, das von den
Staaten

1513 möglichst verbindliche Ziele einfordert, Vergleichbarkeit und Transparenz der
1514 Zieleinhaltung sicherstellt und die Nichteinhaltung sanktioniert. Dies soll zuerst auf
1515 EU-Ebene passieren.

1516 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass internationale Klimaverhandlungen durch eine
1517 bessere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gerade aus dem Globalen
1518 Süden transparenter und partizipativer durchgeführt werden. Vor allem muss die
1519 Beteiligung von Frauen an Verhandlungen ausgebaut werden.

1520 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
1521 anstehenden regelmäßigen fünfjährlichen Überprüfungen („global stocktakes“) der
1522 nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) tatsächlich dazu führen, dass die Klimaziele
1523 aller Staaten angemessen erhöht werden. Dafür muss sich der Überprüfungsprozess am
1524 aktuellen Stand der Wissenschaft zur Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich unter
1525 zwei Grad, möglichst 1,5 Grad und an Kriterien der globalen Klimagerechtigkeit
1526 orientieren. Damit die erste Runde der Zielerhöhung funktioniert, ist es entscheidend,
1527 dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass die EU ihr unzureichendes 2030-Ziel von
1528 derzeit minus 40 auf minus 65 Prozent Emissionsreduktion erhöht und fristgerecht 2020
1529 bei der UN einreicht. Gleichzeitig werden wir die Unterstützung von Ländern für die
1530 Umsetzung und Verbesserung von NDCs in Foren wie der NDC-Partnerschaft deutlich
1531 ausbauen.

1532 • Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich 100
1533 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu
1534 unterstützen; der gerechte Anteil Deutschlands daran wären etwa zehn Milliarden
1535 Dollar. Doch wir wissen bereits heute, dass diese Summen nicht reichen werden. Wir
1536 werden uns daher dafür einsetzen, dass Deutschland in einem ersten Schritt jährlich
1537 zehn Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln für internationale Klimafinanzierung
1538 bereitstellt, mit denen dann auch weitere private Mittel mobilisiert werden können.
1539 Zusätzlich soll Deutschland auch seine Zahlungen erhöhen, um die anderen nachhaltigen
1540 Entwicklungsziele zu erreichen.

1541 • Die Koalition der Finanzminister*innen für Klimaschutz soll bis Mitte 2020 ein
1542 ambitioniertes Programm für die Ausrichtung der globalen Finanzströme an den Zielen
1543 des Pariser Klimaabkommens vorlegen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland in
1544 dieser Koalition eine Führungsrolle einnimmt und die beschlossenen Maßnahmen auch im
1545 Kontext der G20 konsequent vertritt. Das heißt mit gutem Beispiel voran zu schreiten,
1546 und sofort konkrete Schritte einzuleiten, alle klimaschädlichen Subventionen abzubauen
1547 und alle klimabedingten Geschäftsrisiken konsequent offen zu legen.

1548 • Deutschland sollte die strategische Klima-Allianz mit den 48 von der Klimakrise
1549 besonders betroffenen Entwicklungsländern, die sich zu 100 Prozent erneuerbaren

- 1550 Energien und Netto-Nullemissionen verpflichtet haben, ausbauen, damit sie diese Ziele
1551 sobald wie möglich erreichen.
- 1552 • Internationale Allianzen der Regionen, wie zum Beispiel die „Under2Coalition“, werden
1553 wir stärken und ausbauen, um auch in jenen Staaten den Klimaschutz voranzubringen, die
1554 derzeit Schlusslicht in der internationalen Klimapolitik sind. Dadurch stärken wir
1555 auch die Zusammenarbeit mit subnationalen Akteuren in allen Ländern und halten die Tür
1556 für Länder wie die USA offen, wenn sie sich zur Rückkehr zum Pariser Abkommen
1557 entscheiden.
- 1558 • Wir setzen uns für ressortübergreifende strategische Partnerschaften mit den großen
1559 Schwellenländern für klimafreundliche Investitionsoffensiven in Mobilität, Energie,
1560 Digitalisierung, nachhaltige Stadtentwicklung und Schlüsselindustrien wie Stahl oder
1561 Zement ein.
- 1562 • Wir werden die Kriterien für die internationale Zusammenarbeit zugunsten
1563 klimaneutraler Investitionen ändern und dafür sorgen, dass jede Art fossiler
1564 Technologie nicht mehr über Exportkredite oder Bürgschaften abgesichert werden kann,
1565 wenn sie nicht im Einklang mit den Zielen von Paris steht. Dies soll auch für
1566 multilaterale sowie nationale Entwicklungsbanken gelten. Mit Schwellenländern,
1567 insbesondere China, wollen wir an der nachhaltigen Ausrichtung von
1568 Infrastrukturinvestitionen arbeiten. Erfahrungen und Techniken für die schnellere
1569 Dekarbonisierung wollen wir mit den Vorreitern unter den Industrienationen
1570 austauschen.
- 1571 • Wir müssen uns in Europa und global dafür einsetzen, dass Klima-Aktivist*innen,
1572 zivilgesellschaftliche Organisationen und Umweltwissenschaftler*innen nicht
1573 kriminalisiert und bedroht werden.
- 1574 • Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht prognostiziert
1575 – allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremst fortschreitet. Wir müssen unsere
1576 humanitäre Hilfe massiv erhöhen, uns auf Katastrophen bedingt durch die Klimakrise
1577 einrichten und uns intensiver mit dem Recht auf Klimaflucht auseinandersetzen. Wir
1578 unterstützen Entwicklungsländer im Rahmen der Agenda 2030 dabei, der Klimakrise
1579 entgegenzuwirken, damit die Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht verlieren. Und wir
1580 helfen ihnen dabei, nötige Umsiedlungen durch Klimakatastrophen bewältigen zu können.
- 1581 [1] Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger französischer
1582 Außenminister
- 1583 [2] Im weiteren Text verkürzt als CO₂.
- 1584 [3] <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/>
- 1585 [4] [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brie-
1586 f_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brief_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5)
- 1587 [5] Annahme: Bei einem Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer Wahrscheinlichkeit
1588 der Zielerreichung von 67 Prozent; mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent sogar 1,5° C
1589 Erderhitzung.